Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

- **Die Türkei auf dem Weg in die Erdogan-Diktatur – Wer stellt sich dagegen?**
- **US-Wahlen: Trend zur Ermächtigung – ist die Linke hilflos?**
- **BASF: Mängel in der Betriebssicherheit erkennbar – Immer wieder Fremdfirmen involviert**
- **Arbeitsstandards in Handelsverträgen**
- **NRW: Linke verabschiedet Entwurf zum Landtagswahlprogramm**
- **Kalenderblatt: Griechenland 2015: Gesetz erlaubt gleichgeschlechtlichen Paaren zivilrechtliche Lebensgemeinschaft**

Ausgabe Nr. 11 am 17. November 2016, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

online lesen
www.linkekritik.de/pb1611-pdf.html
www.linkekritik.de/pb1611-text. html

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com
Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de
Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, Eva Detscher E-Mail: pb@gnn-verlage.de
In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.
Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen
Hiermit bestelle ich …… Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. .....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

In eigener Sache

GNN-Verlag: Büro und Druckwerkstatt in der Venloer Strasse 440 in Köln geschlossen.
GNN-Verlag wird mit folgendem Leistungsangebot fortgeführt:

Herstellung von Druckvorlagen (PDF) – Abwicklung von Druckaufträgen – Buchhaltung und Abonnentenverwaltung – Stützung von Redaktionsgeschäften in ehrenamtlicher Regie – Darstellung von Produkten im Internet, Aufbereitung von Daten, Gestalten von Seiten – Darstellung von Publikationen im ePUB-Format – Sammlung von Publikationen im Web.

Bei den *Politischen Berichten* hat sich das Erscheinungsbild verändern. Das hat zwei Gründe:

Erstens wird in dem neuen Druckverfahren die Verwendung der Schmuckfarbe rot zu teuer, ganz zu schweigen von durchgehendem Buntdruck.

Zweitens wollen wir die *Politischen Berichte* zum Online-Lesen aufbereiten, deswegen verwenden wir daher ab dieser Ausgabe die für die Webseitendarstellung entwickelten Schriften Georgia und Roboto.

Die Postanschrift des GNN Verlags lautet nun:
GNN c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln.

Die Redaktion der Politischen Berichte wird am sichersten per Mail erreicht, die Mailadresse sind dem Impressum zu entnehmen.

Die Politischen Berichte zum Online-Lesen:

- Nur-Text: www.linkekritik.de/pb1611-text.html
- PDF: www.linkekritik.de/pb1611-pdf.html
- Übersicht: www.linkekritik.de

Wir hoffen, dass unsere Leserinnen und Leser mit den Neuerungen zufrieden sein können.

In den letzten Jahren hatten wir fortwährend zunehmende Schwierigkeiten mit den Postlaufzeiten (bis zu zehn Tagen statt der garantierten E+2). Nun müssen wir auch auf die Versandart auf „Büchersendung“ umstellen.

Es wäre hilfreich zu erfahren, wann die Abos ankommen. Wir wären für Nachrichten (PLZ des Absenders nicht vergessen) an abo@gnn-verlage.com dankbar.

Beste Grüße
Die Redaktion der Politischen Berichte

Informationen zur Winterschule 2017 der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung.
Thema: Parteibildung und Dogmatik des Rechtspopulismus

Die Winterschule 2017 beginnt am **Donnerstag, 5.1. (14 Uhr), und dauert bis Samstag, 7.1.2017 (17 Uhr)**.
Wir tagen in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 5 Minuten Fußweg auseinander.
Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.
Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.
Die Kosten für Ü/F betragen **37 Euro/Tag und Person**. (Hinweis: Die Erhöhung der Ü/F-Kosten werden mit dem Luther-Jahr begründet und sind auf das Jahr 2017 begrenzt.)
Bettwäsche ist vorhanden, **bitte Handtücher mitbringen**.
Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben.
Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden.
Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert.
Um die Anzahl entsprechend der Anmeldungen anpassen zu können, bitte wir euch um **Anmeldungen bis 15. Dezember** und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.

Termin zum Vormerken: Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 8. und 9. April 2017 (Wochenende vor Ostern) im Jugendgästehaus in Mannheim

Die Türkei auf dem Weg in die Erdogan-Diktatur – Wer stellt sich dagegen?

Nach dem gescheiterten Putsch treiben Erdogan und die AKP-Regierung die Abschaffung der Demokratie im Eiltempo voran. Mit der Inhaftierung der Co-BürgermeisterInnen von Diyarbakir, Gültan Kisanak und Anli Firat, und der beiden Vorsitzenden der kurdischen Partei HDP, Figen Yüksedag und Selahattin Dermitas, sowie weiterer sieben HDP-Abgeordneten haben die massiven Zwangsmaßnahmen gegen die Opposition einen neuen Höhepunkt erreicht. Ebenfalls wurden gegen die Abgeordneten der sozialdemokratischen CHP Verfahren eröffnet.

Seit dem Putsch herrscht in der Türkei der Ausnahmezustand und regiert Präsident Erdogan mit Notstandsdekreten. Die Europäische Menschenrechtscharta wurde außer Kraft gesetzt. Verhaftete können bis zu 10 Tagen ohne Anwalt und bis zu 60 Tagen ohne Vorführung vor einen Untersuchungsrichter in Gefängnissen verschwinden und sind der Willkür von Polizei und Militär ausgeliefert. Erdogan hat angekündigt, dass das Parlament die Wiedereinführung der Todesstrafe zustimmen werde.

Seither wurden etwa 150 000 Staatsbedienstete entlassen, von den zwischen 40 bis 50 000 in Gefängnissen einsitzen. Über 30 000 LehrerInnen wurden aus dem Schuldienst entlassen, darunter ca. 20 000 Mitglieder der Bildungsgewerkschaft Egitim Sen in den kurdischen Provinzen. Ein großer Teil des Schulunterrichts fällt daher dort aus. Über tausend Hochschulprofessoren, Wissenschaftler und Akademiker, die einen Aufruf für Frieden in der Türkei unterzeichnet hatten, sind aus den wissenschaftlichen Einrichtungen entfernt worden. Allen entlassenen Staatsbediensteten wurden die Pensionsansprüche gestrichen, vielen die Konten gesperrt, ihr Eigentum beschlagnahmt.

Die Reporter ohne Grenzen führen die Türkei wie in den neunziger Jahren als eines der gefährlichsten Länder für Journalisten auf. Mehr als hundert sitzen im Gefängnis. Es gibt fast keine oppositionellen oder unabhängigen Zeitungen, TV-Anstalten, Radiostationen oder Nachrichtenagenturen mehr.

Bisher wurden in den kurdischen Provinzen 44 BürgermeisterInnen der DBP ihres Amtes enthoben, die Mehrzahl von ihnen sitzt in Haft. Die Städte wurden unter Treuhänderschaft des Innenministeriums gestellt, das kommunale Eigentum beschlagnahmt. Nach den Wahlen im November wurden Städte bzw. Stadtteile völlig zerstört: Dargecit (Provinz Mardin), Derik (Mardin), Silvan (Diyarbakir), Sur (Diyarbakir), Bismil (Diyarbakir), Dicle (Diyarbakir), Lice (Diyarbakir), Yüksekova (Hakkari), Semdinli (Hakkari), Sirnak, Cizre (Sirnak), Silopi (Sirnak), Beytüssebap (Sirnak), Idil (Sirnak), Varto (Mus). Nach Aufstellung der GABB (Union der Gemeinden der Region Südostanatolien) befinden sich wieder 400 000 Menschen in den kurdischen Gebieten auf der Flucht. Sie haben ihre Städte verlassen müssen, ihre Wohnungen sind zerstört.

Was soll noch alles passieren, damit die Bundesregierung und die EU statt nur mit Worten endlich handeln, ihre bisherige stillschweigende Komplizenschaft mit dem diktatorischen Regime Erdogan aufgeben?

Die Abschaffung der kommunalen Selbstverwaltung verstößt gegen die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarats von 1985, die in der Türkei seit 1993 per Gesetz in Kraft ist. Im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats hat die Türkei 18 Mitglieder, darunter sind die beiden DBP-Mitglieder Serra Bucak (Stadt- und Provinzabgeordnete in Diyarbakir) sowie Aygül Bidav (gewählte Bürgermeisterin von Ipekyolu bei Van). Biday ist am 17.10.2015 amtsenthoben worden. Die Aussetzung der Europäischen Menschenrechtscharta auf unbestimmte Zeit verstößt gegen Europäisches Recht – betrifft das nicht alles Europarat, EU-Kommission, Europaparlament? Wiegen die Interessen in Syrien, Irak, Iran und gegenüber Russland sowie der Flüchtlingsdeal mit der Türkei schwerer als Demokratie und Menschenrechte? Aber bisher wurden die Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Türkei noch nicht unterbrochen. Auch bezieht die Türkei während dieser Verhandlungen zur Umsetzung der Verhandlungsergebnisse reichliche Millionen Euro.

In der deutschen Politik hat leider schon immer der Geschäftssinn Vorrang gehabt vor Demokratie und Menschenrechten. Neben den strategischen Interessen bestimmen Handel und Investitionen die deutsch-türkischen Beziehungen: Die Türkei lag in der deutschen Außenhandelsstatistik auf Platz 14 nach vielen europäischen Staaten, den USA und China. Für 22,4 Mrd. Euro führten deutsche Firmen hauptsächlich Maschinen, Kfz und Rüstungsgüter in die Türkei aus. Damit ist Deutschland nach China der zweitgrößte Handelspartner der Türkei. Waren im Wert von 14,4 Mrd. kamen aus der Türkei nach Deutschland, im Wesentlichen Haushaltsgeräte, Obst und Gemüse.

Wird weiter nur mit halbherzigen Statements protestiert, können Erdogan und die AKP weiterhin uneingeschränkt agieren. Sollte das der Preis sein für die Stärkung der Rolle der Türkei im Mittleren Osten und gegen die Einflussnahme Russlands in diesem Raum?

Keine Waffenlieferungen an die Türkei, sofortiger Rückzug aller deutschen Soldaten aus der Türkei, Aufkündigung des Flüchtlingsdeals ... Möglichkeiten Druck auf den Nato-Partner Türkei auszuüben gäbe es reichlich. Mit Diktaturen gibt es keine Geschäftsgrundlage.

Die Bundestagsabgeordneten der Linken haben Patenschaften für die HDP-Abgeordneten übernommen. Als erste Reaktion auf die Inhaftierung von Figen Yügsedag und Selahattin Dermitas fuhren die Bundestagsageordneten Martina Renner und Jan van Aken sowie die Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Cansu Özdemir nach Diyarbakir. Von der Linken Baden-Württemberg geht die Initiative aus, Patenschaften von hiesigen Kommunalpolitikern mit den amtsenthobenen und inhaftierten Bürgermeistern der HDP/DBP zu übernehmen. Erste Gespräche gibt es auch in DGB-Kreisen, dies für die inhaftierten Gewerkschafter zu tun. *Rudolf Bürgel*

Ko-Vorsitzender der HDP Selahattin Demirtaş aus dem Gefängnis

BESETZTES NORDKURDISTAN – Selahattin Demirtaş, der Ko-Vorsitzende der HDP hat eine weitere Botschaft über seine Anwälte veröffentlicht.

„Die Tatsache, dass wir und unsere Parteimitglieder des Parlaments, als Gefangene und Geisel genommen wurden, ist ein Resultat des zivilen Putsches und nicht bloß ein Angriff auf uns als Individuen. Dies ist ein neuer Schritt derer, die Stück für Stück Angriffe gestartet haben, um letztlich eine Ein-Mann-Diktatur in der Türkei zu etablieren.

Es darf keinesfalls außer Acht gelassen werden, dass diese Angriffe auf uns als Verteidiger*innen der Geschwisterlichkeit, Gleichheit, eines freien und friedlichen Lebens in unserem Land gleichzeitig ein Angriff auf alle demokratischen Kräfte ist.

Es besteht kein Zweifel, dass der einzige Ausweg der gemeinsame ist. Schulter an Schulter, was auch immer gegen solch ein Regime notwendig ist. Und somit den Kampf gegen den Faschismus auszubreiten. Wir erwarten und wünschen, dass die europäische Öffentlichkeit und die demokratischen Institutionen in Europa eine wirksame und effektive Position gegen diese Unterdrückung einnehmen.

Dieses Reich der Angst wird ohne Zweifel bald zerfallen. Wir werden unseren Kampf unter allen Umständen und unseren Glauben an eine demokratische Politik nicht verlieren. Auch wenn wir nun in Zellen sitzen, wir werden weiter Teil des Kampfes sein und aus der Freude des unendlichen Halay (*Kreistanz; Anm.d.Ü.*) der Freiheit Kraft schöpfen – nie vergessend, dass wir alle unter dem gleichen Himmel leben.

Ich sende liebste Grüße an alle Genoss*innen, an unsere Jugend und an unsere Frauen".

ANF, 9. November 2016, ISKU

Am 8.11. nahm die Co-Vorsitzende der Hamburger Linksfraktion zusammen mit den Linken-Bundestagsabgeordneten Jan van Aken und Martina Renner in Diyarbakir am Prozess gegen den ehemaligen FC St.Pauli-Fußballprofi Deniz Naki teil, der heute beim kurdischen Drittligisten Amed SK spielt. Der in Düren geborene Naki war wegen kritischer Äußerungen der Propaganda für die PKK angeklagt, ihm drohten fünf Jahre Haft. Insbesondere in Hamburg gab es viel Solidarität rund um den Verein FC St. Pauli. Diese Solidarität trug dazu bei, dass Naki freigesprochen wurde.

Nach Festnahme der Abgeordneten – Die HDP, die Türkei und die EU

Civka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit, 6.11.2016

Die Möglichkeit, über die demokratisch Politik für die Interessen der Völker einzutreten, besteht in der Türkei nicht mehr. Das dürfte die wichtigste Erkenntnis sein, die aus den Festnahmen der neun HDP-Abgeordneten am 4. November gewonnen werden kann. Und so erklärt der HDP Sprecher Ayhan Bilgen zwei Tage später in Amed (Diyarbakir), dass seine Partei bis auf Weiteres ihre Tätigkeit im türkischen Parlament einstellen wird. „Von nun an werden wir jeden Tag an der Seite unserer Bevölkerung sein", so Bilgen. Die Frage, ob man sich auch vollständig aus Parlament zurückzieht, werde gemeinsam mit den Wählerinnen und Wählern getroffen.

Alle zwölf HDP-Abgeordneten, die in der Nacht auf den Freitag in Gewahrsam genommen wurden, machten vor dem Haftrichter deutlich, dass sie die Legitimität dieses Gerichtes nicht anerkennen. „[...] ich akzeptiere es nicht, eine Figur in einem Justiz-Theaterstück zu werden, das auf Befehl Erdoğans errichtet wurde", und „Allein das Volk, das mich gewählt hat, hat ein Recht mich aufgrund meiner politischen Haltung und Handlung zur Rechenschaft zu ziehen", heißt es in der gemeinsamen Verteidigungsrede der HDP-Abgeordneten. Die Haftrichter entließen nur drei der zwölf Abgeordneten. Der HDP Kovorsitzende Selahattin Demirtas wurde mit einem Militärhubschrauber in das F-Typ Gefängnis im westtürkischen Edirne gebracht. Die zweite Kovorsitzende Figen Yüksekdağ hingegen wird im F-Typ Gefängnis von Kocaeli inhaftiert.

Internationales Aufsehen und „Bestürztheit"

Der internationale Aufschrei nach den Festnahmen am Freitag war groß. Weltweit meldeten sich Politiker und Staatsvertreter zu Wort und kritisierten zum Teil in scharfen Worten die türkische Regierung. Doch die Frage ist, was auf diese Worte folgen wird? Insbesondere in Europa ist man schon seit längerer Zeit „bestürzt" über die Entwicklungen in der Türkei. Politiker erklären immer wieder, dass sie das Vorgehen der AKP und Erdogans „mit Sorge beobachten". Das Mitgefühl für die Opfer der AKP-Diktatur mag ja ganz nett sein. Aber was folgt auf diese Sorgenbekundungen? Wie will die EU und insbesondere die deutsche Bundespolitik Druck auf eine Türkei ausüben, die sich ganz offenkundig lustig über die Erklärungen aus der EU macht? Die türkische Regierung scheint sich gewiss zu sein, dass sie derzeit die EU aufgrund des Flüchtlingsdeals in der Hand hat. Und so wundert es nicht, dass die türkische Regierung sich nicht nur die Kritik aus Europa verbittet, sondern zusätzlich nochmal klarstellt, dass sie die Visafreiheit für ihre Bürger in kürzester Zeit verwirklicht sehen will. Andernfalls werde man den Flüchtlingsdeal mit der EU aufkündigen.

Vermutlich wird die Türkei diese Drohung nicht verwirklichen. Denn solange der Deal am Leben ist, hat die EU scheinbar gegenüber der türkischen Regierung das Nachsehen. Der aktuelle EU-Fortschrittsbericht zur Kandidatur der Türkei interessiert deshalb die türkische Öffentlichkeit schon gar nicht mehr. Aktuell ist es die Türkei, die gegenüber der EU die Forderungen stellt. Und aufgrund dessen droht die Europäische Union derzeit zu einer Farce ihrer selbst zu werden. Die Haltung der europäischen Politik zu den Festnahmen der HDP-Abgeordneten in der Türkei wirkt deshalb wie ein Lackmustest. Folgen auf die Erklärungen, dass man hinsichtlich der Türkei „äußerst besorgt" sei, keine praktischen Folgen, hat die EU zumindest aus Sicht der Kurdinnen und Kurden ihre Glaubwürdigkeit verloren.

www.civaka-azad.org

Gemeinsame Verteidigungsrede der HDP-Abgeordneten

Aufgrund der aktuellen Festnahmen der HDP-Abgeordneten möchten wir nochmals auf die gemeinsame Verteidigungsschrift der Abgeordneten der Demokratischen Partei der Völker aufmerksam machen. Diese Verteidigungsrede haben alle festgenommenen Abgeordneten vor dem Haftrichter vorgetragen. Veröffentlicht wurde die gemeinsame Verteidigung am 22. Juni 2016, also bereits kurz nach der Immunitätsaufhebung der HDP-Abgeordneten im türkischen Parlament:

„Meine Partei – die Demokratische Partei der Völker (HDP) – hat am 7. Juni 2015 bei den Parlamentswahlen mit mehr als sechs Millionen Wählerstimmen die Zehn-Prozent-Hürde genommen und achtzig Abgeordnete in das türkische Parlament entsendet. Dadurch ist es ihr mittels demokratischer Politik und dem Willen der Wählerinnen und Wähler gelungen, die Alleinherrschaft der AKP, und die Möglichkeit, dass diese

alleine die Verfassung im Lande verändern kann, zu unterbinden. Doch Recep Tayyip Erdoğan, welcher ein „Ein-Mann-Regime“ in der Türkei errichten möchte und hierfür vor keinem Rechtsbruch zurückschreckt, hat diese Wahlergebnisse nicht akzeptiert, die Bildung von Koalitionsregierungen unterbunden und so das Land in die Neuwahlen geführt. Parallel dazu hat er den seit knapp drei Jahren anhaltenden Lösungsprozess beendet, weil dieser seinen Stimmanteil nicht gesteigert und deshalb von ihm nicht mehr als nützlich erachtet wurde. Dadurch hat er das Land praktisch ins Feuer der bewaffneten Auseinandersetzungen geführt.

In der Atmosphäre dieser Auseinandersetzungen, in welcher die Bürgerinnen und Bürger aus nachvollziehbaren Gründen in Angst um Leib und Seele versetzt waren, hat die AKP bei ungleichen und unfairen Wahlen von Neuem die Alleinherrschaft erlangt.

Recep Tayyip Erdoğan hatte nach den Wahlen vom 7. Juni auf eine panische und eilige Weise das Parlament und die Regierung für nichtig erklärt, die Justiz in großen Teilen unter seine Kontrolle gebracht, die Medien vollständig an sich gebunden, und somit einen Putsch im Lande vollzogen. In seiner völligen Hemmungslosigkeit hat er höchstpersönlich zum Ausdruck gebracht, dass er die Verfassung nicht akzeptiert, das Regime de facto verändert hat, und deshalb auch die Entscheidungen des Verfassungsgerichts nicht respektieren wird. Somit brachte er unverfroren zum Ausdruck, dass er den Staat persönlich beschlagnahmt hat.

Gegen seine Person gibt es in seiner Amtszeit als Ministerpräsident verschiedenste ernstzunehmende Beschuldigungen wie Korruption, Diebstahl, Schwarzgeldtransfer, die Durchbrechung der internationalen Sanktionen gegen den Iran durch illegale Vergehen wie Goldhandel oder illegale Waffenlieferungen an terroristische Gruppierungen in Syrien. Untersuchungen zu all diesen Vorwürfen konnten allerdings durch seinen Druck und seine Kontrolle über die Justiz im Lande derzeit verdunkelt werden.

Doch Erdoğan ist sich bewusst, dass für ihn eine endgültige Befreiung von den Untersuchungen aufgrund dieser Vorwürfe nur möglich ist, wenn er alle Kompetenzen im Land auf seine Person vereint. Und dass er hierfür zu allem bereit scheint, ist mittlerweile unbezweifelbar. Ihm ist es gelungen, jeden Tag durch die Entsendung von Leichnamen in alle vier Himmelsrichtungen der Türkei die chauvinistischen und nationalistischen Gefühle der Menschen zu stärken, rassistische Hassreden zu verbreiten, und unter der Lüge, „das Land sei mit der Gefahr des Separatismus konfrontiert“, Menschenmassen für seine eigenen politischen Zwecke um sich zu scharren. Auf diesem Wege schreitet er Schritt für Schritt auf sein Ziel zu.

Das einzige Hindernis auf dem Weg zu diesem Ziel, also die Errichtung eines diktatorialen Regimes, das als Präsidialsystem deklariert wird, ist die Demokratische Partei der Völker. Dass es unserer Partei bei den Wahlen vom 1. November erneut gelungen ist, die Wahlhürde zu nehmen und 59 Abgeordnete ins Parlament zu entsenden, hat abermals eine verfassungsändernde Mehrheit für die AKP im Parlament verhindert. Aus diesem Grund arbeitet Erdoğan für den Fall von möglichen vorgezogenen Neu- oder Zwischenwahlen auf eine AKP-Fraktion hin, die aus 367 ihm getreuen Abgeordneten besteht.

Unsere Partei die HDP macht sich eine Politik zu eigen, welche die multikulturelle, multilinguale und multireligiöse Realität der Türkei widerspiegelt und setzt sich dementsprechend aus Vertreterinnen und Vertretern mit verschiedenster Identität und religiöser Herkunft zusammen. Wir sind Türken, Kurden, Araber, Armenier, Turkmenen, Suryoye, Eziden, Mhallami und Vertreter von vielen weiteren ethnischen Gruppen, die an die Demokratie und das gemeinsame Leben glauben und die davon überzeugt sind, dass ein gerechtes und gleichberechtigtes Leben möglich ist, das auf einer pluralistischen, kommunalen und auf Autonomien basierenden Demokratie beruht.

Unsere Partei HDP verteidigt den Kampf der Frauen um Freiheit und Befreiung. Durch den Schutz der gleichberechtigten politischen Teilhabe der Frau ist es unserer Partei gelungen, den Anteil der Frauen unter den Abgeordneten in der Türkei auf ein Rekordhoch zu tragen. Die Aufhebung der Immunitäten unserer weiblichen Abgeordneten wäre somit auch eine Bedrohung für die Frauen in der Türkei und ein schwerer Schlag gegen ihren Kampf um Gleichberechtigung.

Wir sind gegen jegliche Form von Gewalt und glauben fest daran, dass jeder Konflikt durch Dialog und Verhandlungen überwunden werden kann. Folglich ist die HDP für Erdoğan, der die Vorherrschaft eines auf einem Mann, einer Sprache und einem Glauben beruhenden Faschismus zu etablieren sucht, auch aus ideologischer Sicht eine Gefahr.

Aus diesem Grund war unsere Partei seit Beginn ihres politischen Lebens ein Angriffsziel Erdoğans. Doch bislang ist es ihm weder mit Täuschungsversuchen noch mit Ungerechtigkeiten, weder mit persönlichen Angriffen noch mit Bombenanschlägen gelungen, unserer Partei Herr zu werden. Nun setzt er, als eine Person, die eigentlich durch das von ihm bekleidete Amt unabhängig und unparteiisch sein sollte, mit der Aufhebung der Immunitäten und dem Versuch, uns durch die Justiz verurteilen zu lassen, zu einem neuen Angriff an.

Wir sind gewählte Vertreter des Volkes. Wir repräsentieren daher nicht unsere eigene Person, sondern das Volk, das uns gewählt hat. Derzeit stehe ich als ein Vertreter der Legislative, ein Mitglied des Parlaments, das die Immunität genießt, vor Ihnen. Dass ich gegenüber dieser Verantwortung, die ich trage, sowie gegenüber dem Willen des Volkes eine Respektlosigkeit begehe, ist unmöglich von mir zu erwarten.

Ich scheue nicht davor zurück, vor einer gerechten und unabhängigen Justiz Rechenschaft abzuliefern. Es gibt keine Rechenschaft, die ich nicht zu ablegen bereit wäre. Doch während die Justiz in unserem Lande am Boden liegt, werde ich es nicht akzeptieren, zum Subjekt eines solchen politischen Verfahrens gemacht zu werden. Es geht mir hierbei nicht um eine Respektlosigkeit gegenüber Ihrer Person oder Ihrer Persönlichkeit. Doch ich akzeptiere es nicht, eine Figur in einem Justiz-Theaterstück zu werden, das auf Befehl Erdoğans errichtet wurde.

Ich werde auf keine Frage antworten, welche Sie mir stellen werden. Ich glaube nicht an ein gerechtes Urteil durch Ihr Gericht. Selbst dass ich hierhergebracht wurde, stellt einen Rechtsbruch dar. In der politischen Arena sollte der Gegenüber eines Politikers auch ein Politiker sein, nicht ein Justizbeamter. So gesehen müssten Sie sich, als Mitglied einer Justiz, das sich aufgrund internationaler Vereinbarungen verfassungsgemäß den universellen und demokratischen Rechtsprinzipien verpflichtet fühlen müsste, diesem politischen Spiel ebenfalls verweigern.

Wir werden unseren politischen Kampf solange fortführen, bis in unserem Land Frieden herrscht und ein pluralistisch-demokratisches System aufgebaut worden ist. Gegen die Polarisierung der Gesellschaft setzen wir auf ein gleichberechtigtes gemeinsames Leben. Gegen die Gewalt setzen wir auf einen demokratisch-politischen Wettkampf. Gegen den Monismus setzen wir auf Pluralismus, gegen den Faschismus auf Demokratie und gegen eine religiös-rassistische Politik auf die Religions- und Gewissensfreiheit. Natürlich setzen wir uns gegen Diskriminierung und Hassreden und für die Rechte des kurdischen Volkes ein, die ihnen allein aufgrund der Tatsache, dass sie ein eigenständiges Volk sind, zustehen. Und natürlich setzen wir uns auch für die gleichberechtigte Bürgerschaft der alevitischen Gesellschaft ebenso ein,

wie für die Glaubensfreiheit weiterer religiöser Minderheiten. Wir setzen uns für die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen am politischen, sozialen, gesellschaftlichen und ökonomischen Leben ein. Wir setzen uns für den Schutz der Umwelt und Ökologie gegen die Zerstörung durch den Kapitalismus ein. Wir stellen uns gegen die Profitgier des Marktes und setzen uns für die Rechte der Arbeiter ein. Egal ob wir uns weiterhin im Parlament oder in den Gefängnissen befinden werden, ihr werdet uns nicht daran hindern können, diese Gedanken weiter zu vertreten und für diese Gedanken uns einzusetzen.

Wir haben keine Zweifel daran, dass wir uns von der Diktatur, die unserem Land und unserem Volk unter dem Deckmantel des „Präsidialsystems" aufgezwungen wird, befreien werden. Früher oder später wird der Kampf um Demokratie siegen. Dieses Regime, das durch die Person Erdoğans vollständig abgenutzt wurde, wird ohne Zweifel abgelöst werden müssen.

Ich habe weder eine Forderung noch eine Erwartung an Sie. Allein das Volk, das mich gewählt hat, hat ein Recht mich aufgrund meiner politischen Haltung und Handlung zur Rechenschaft zu ziehen." *www.civaka-azad.org*

Hamburg: Erklärung der Bürgerschaftsabgeordneten

Für die Aktuelle Stunde der Bürgerschaftssitzung am 9. November hatte die Fraktion Die Linke die „Solidarität mit den verhafteten Abgeordneten und DemokratInnen in der Türkei auch in Hamburg" zum Thema gemacht. Wenige Tage zuvor war ein Brief von Asli Erdogan öffentlich geworden, in der die seit zwei Monaten inhaftierte Schriftstellerin und Publizistin Auswirkungen eines totalitären Regimes in der Türkei auf ganz Europa warnt und ihre Sorge zum Ausdruck bringt, dass Europa die „Gefahren des totalen Verlusts der Demokratie in der Türkei" unterschätzt.

Die wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen, politischen Verflechtungen zwischen der Türkei und Europa sind vielfältig. Deshalb und nicht zuletzt infolge jahrzehntelanger Migration haben die gefährliche Entwicklung der Türkei großen Einfluss auf Europa und direkt auch auf eine Stadt wie Hamburg. Fast 100 000 Hamburgerinnen und Hamburger haben ihre Wurzeln in der Türkei und unterhalten in ihrem Alltag zumeist viele soziale, kulturelle und oft auch politische Beziehungen in die Türkei. Unter diesen 100 000 Menschen sind viele Kurden, Aleviten oder andere Angehörige von in der Türkei diskriminierten Minderheiten. Aber eben auch viele Erdogan-Anhänger. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass sich vor allem die Redner und Rednerinnen der Linken, der SPD und der Grünen in ihren Reden sehr deutlich positionierten. Die Linke schlug konkrete Projekte solidarischer Unterstützung vor, so etwa eine Patenschaft des Hamburger Bürgermeisters mit der abgesetzten und verhafteten Bürgermeisterin von Diyarbakir. Dazu haben wir für die nächste Bürgerschaftssitzung einen Antrag ausgearbeitet.

Zur Bürgerschaftssitzung am 9.11. war, maßgeblich durch die Initiative eines SPD-Abgeordneten, die im Folgenden dokumentierte Solidaritätserklärung zustande gekommen. 92 von 121 Abgeordneten unterschrieben – soweit anwesend alle SPD-, Grünen- und Linken- sowie eine Reihe von CDU-Abgeordneten.

Christiane Schneider

„Die türkische Regierung geht nach dem gescheiterten Putschversuch von Teilen des türkischen Militärs verstärkt gegen Journalistinnen und Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, zehntausende Beamtinnen und Beamte, generell gegen Andersdenkende und zuletzt auch gegen gewählte Abgeordnete der oppositionellen HDP vor. Sie werden ohne rechtsstaatliches Verfahren vom türkischen Staat entlassen, verfolgt, drangsaliert, inhaftiert. Es gibt Berichte über die Wiederkehr der Folter in türkischen Gefängnissen. Es herrschen Willkür und Rechtlosigkeit unter dem Deckmantel des Ausnahmezustands.

Der türkische Präsident spricht davon, die Todesstrafe wieder einzuführen. Mit der Verhaftung von gewählten Abgeordneten greift er massiv in das freie Mandat ein. Der langjährige Demokratisierungsprozess der Türkei muss im schlimmsten Fall als gescheitert angesehen werden, wodurch auch die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union aufs höchste gefährdet sind.

Die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft erklären sich solidarisch mit den Abgeordneten, den Bürgermeistern, den Journalistinnen und Journalisten und all denjenigen, die sich für die Verteidigung der Demokratie in der Türkei einsetzen. Wir rufen die türkische Regierung dazu auf, umgehend alle Inhaftierten zu entlassen, den Ausnahmezustand aufzuheben, die Menschenrechte und vor allem die Meinungsfreiheit zu beachten und zu respektieren.

Wir appellieren an die deutsche Bundesregierung, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission, in diesem Sinne auf die türkische Regierung einzuwirken."

SSW erklärt sich solidarisch mit prokurdischer HDP

Die SSW (Südschleswigscher Wählerverband, Vertretung der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein, Teil der Landesregierung in der Koalition SPD-Grüne-SSW) zum Vorgehen der Türkei gegen Vorsitzende, Funktionäre und Politiker der prokurdischen Oppositionspartei HDP:

Die Festnahmen mehrerer führender Mitglieder der Oppositionspartei HDP, die bei der letzten Parlamentswahl in der Türkei über 10 Prozent der Stimmen bekommen hat und damit Millionen von Wählerinnen und Wähler repräsentiert, ist demokratisch und rechtsstaatlich inakzeptabel. Insbesondere die HDP hat sich immer um eine friedliche Lösung mit der türkischen Führung bemüht. Der europäische Parteienzusammenschluss European Free Alliance, dem auch der SSW angehört, und der zur HDP einen engen Kontakt hat, ist sehr besorgt über die Entwicklung in der Türkei, die in einem Bürgerkrieg enden kann.

Ohne die HDP, die breite Unterstützung im kurdischen Bevölkerungsteil sowie in linksliberalen türkischen Kreisen genießt, wird der demokratische Prozess in der Türkei und der Friedensprozess mit den Kurden endgültig ausgehebelt. Die Eskalation zeigt, dass das Regime von Erdogan nicht nur die türkische Opposition und unabhängige Presse unterdrückt, sondern auch die Rechte von Minderheiten mit Füßen tritt.

Die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei müssen sofort abgebrochen werden und dürfen erst wieder aufgenommen werden, wenn die türkische Demokratie wiederhergestellt ist.

Linke-Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger

Die massiven Zwangsmaßnahmen gegen die demokratisch legitimierte Opposition und die Pressefreiheit sowie die massenhaften Säuberungsmaßnahmen in öffentlichen Einrichtungen dürfen nicht weiter hingenommen werden.

Was muss Erdogan eigentlich noch tun, damit die Bundesregierung und die Europäische Union erkennen, dass es für Demokratien mit dem Erdogan-Regime keine Geschäftsgrundlage gibt?

Es ist höchste Zeit, dass die Bundeskanzlerin ihre stillschweigende Komplizenschaft mit der türkischen Regierung beendet und endlich handelt: Die Linke fordert den sofortigen Abzug der Bundeswehr und ein Stopp aller Waffenlieferungen an die Türkei. Die EU muss die Beitrittsverhandlungen umgehend beenden und den EU-Türkei-Flüchtlingsdeal aufkündigen.

US-Wahlen: Trend zur Ermächtigung – ist die Linke hilflos?

Verlauf und Ausgang der US-Wahlkampagne zwingen die politischen Strategiediskussionen – nicht nur der Linken – auf neue Bahnen. Ein Trend, der in allen reifen Industriegesellschaften wirkt, ist in den USA zur politischen bestimmenden Macht geworden. Die neue politische Konfiguration entsteht nicht als Bündnis politischer Gewalt mit großem Geld. Sie installiert sich nicht per Putsch, Machtergreifung, Machterschleichung. Im Wahlakt treffen sich Wähler, die Unerfüllbares erhoffen, mit Kandidaten, die Unmögliches versprechen. Im Diskurs, in den Meinungsbildungsprozessen um Kandidatenauswahl, Wahlkampf oder auch Volksentscheidskampagnen geht es um Willensakte, und in der Welt der Gedanken ist alles möglich. Die Konfrontation des strahlend ermächtigten politischen Willens mit dem politischen Rahmen, der Verfassung und letztlich mit der Realität der Finanzierung ereignet sich danach, bei der Erledigung der Staatsgeschäfte, in der Sphäre des Regierens und Verwaltens. Willensbildung ist blitzschnell möglich, die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten braucht als Kooperationsprozess von öffentlicher Hand und Publikum Zeit, besonders Veränderungen verlaufen langwierig und nicht reibungslos. Wenn die neue Führung Unerfüllbares versprochen hat, wird das nicht schnell offenbar. Anhänger und Führung werden nicht geneigt sein, auftretende Hindernisse eigenen Unzulänglichkeiten zuzuschreiben. Sie werden versuchen, einen Feind auszumachen, der aus dem Weg geräumt werden muss. Diese Entwicklung ist in den vorlaufenden Meinungsbildungsprozessen angelegt, in denen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, man kann schon sagen, zelebriert wird. Viele Leute traten und treten gegen solche Provokationen auf. Aber das reichte nicht aus, um den Ballungsprozess der neuen Konfiguration von Stimmvolk und Macht zu zerstreuen. Wenn es jetzt in den USA ans Regieren geht, wird es dauern, bis zweifelsfrei klar wird, ob die neu konfigurierte politische Macht durch den Rahmen der Verfassung gebannt und geformt wird oder ob sie sich anschickt, diesen zu zerstören. Es ist zu befürchten, dass die Berufung auf Recht und Verfassung die autoritären, machtbetonten Auffassungen in der öffentlichen Meinung nicht stark beeindrucken werden.

Was wirken kann sind Bespiele produktiven Zusammenlebens, gelingender Kooperation der Verschiedenen. So haben in Deutschland die Gewerkschaften und Betriebsräte gegen die ersten Aufwallungen von Fremdenfeindlichkeit mit dem Gegenmodell der Solidarität gekontert, und so sehen wir heute in vielen, vielen Kommunen ein gesellschaftlich rühriges und wirksames Zusammenspiel von öffentlicher Hand, Ehrenamt, Vereinen, Verbänden, Religionsgemeinschaften, das zivilgesellschaftliche Kooperation stützt. Das praktische Potential für derartiges Engagement ist riesig, kann aber politisch nicht so recht gegen die neue autoritäre Politik aktiviert werden.

Hinderlich sind tiefliegende Gewohnheiten des Argumentierens. Auch die linke Kritik operiert mit der Vermutung, vdass durch das Medium der Macht den Bedürftigen alles Nötige zuteilwerden könne. Emanzipation als Lebensgestaltung und Resultat von Selbsttätigkeit und Selbstorganisation gerät dabei aus dem Blick. Die fatale Folge ist, dass die internationale Bewegung der arbeitenden Klassen als politischer Kraftquell nicht erkannt wird. Denn der Mechanismus der Zuteilung durch den Staat erfolgt im Nationalstaat auf dem Wege von Wahlen und Gesetzgebung.

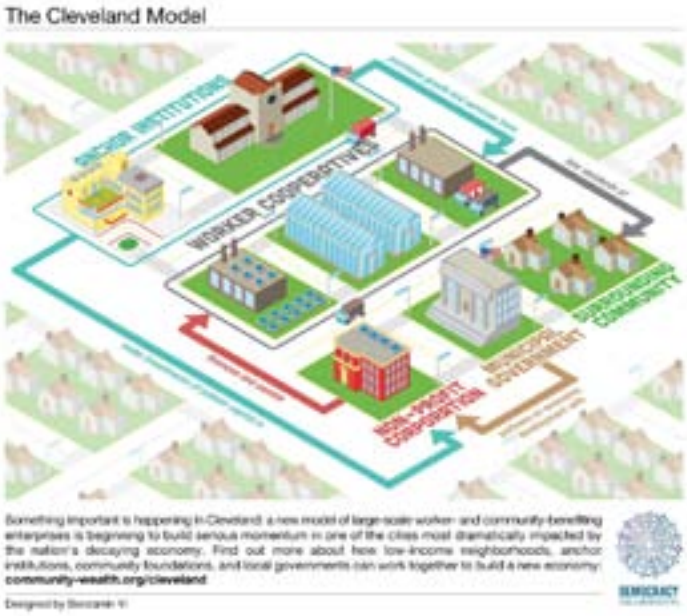
Die USA sind nach wie vor die Gesellschaft, in der sich typische Problemlagen künftiger Entwicklung zuerst zeigen. So zum Beispiel der Pluralismus der Religionen, der Varianten der Lebensgestaltung und verfestigter kultureller Differenzen. Gleichzeitig existiert in dieser Gesellschaft ein entwickeltes System von Checks und Balances sowie der horizontalen Gewaltenteilung. Die Möglichkeiten der Bundesstaaten und in ihnen der Kommunen sind erheblich. Dauernd wird irgendwo gewählt. Fast immer nach dem Persönlichkeitswahlrecht. Wie wird die menschenrechtlich orientierte Zivilgesellschaft auf diesem Feld mit dem modernen Autoritarismus fertig?

Zwei Dinge müssen zusammenkommen, um die Mehrheit wieder zu verschieben: Es braucht gute Beispiele gelingenden Zusammenlebens, und es braucht Kandidaten, die politische Ideen vortragen, die sich zur Erledigung von öffentlichen Aufgaben, das heißt zum Regieren eignen.

Wir haben in dieser Zeitschrift nun schon seit längerem regelmäßig über den Beitrag der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu sozialer Befreiung berichtet. Diese Nachrichten können intuitiv aus der Situation der Lohnabhängigkeit heraus verstanden werden. Die neue Lage fordert mehr: Wir sollten versuchen, der Entstehung und Durchsetzung von politischen Ideen, die Lebensgestaltung und Kooperation als Programme nicht machtversessenen, sondern demokratisch zurückhaltenden Regierens begreifen, Aufmerksamkeit zu widmen.

Trotz Internet und Hilfen bei der Verarbeitung fremdsprachiger Inhalte immer noch ein Riesenproblem. Wir bitten um Hilfe.

Redaktion der Politischen Berichte



Übersetzung der Bildunterschrift: „In Cleveland geschieht etwas Wichtiges: ein neues Modell von belegschaftseigenen und genossenschaftlichen Unternehmens ist zu einem ernsthaften Faktor geworden in einer der am dramatischsten von dem wirtschaftlichen Einschlag betroffenen Teil des Landes. Mehr kann man erfahren über die Zusammenarbeit von Nachbarschaften von Geringverdienern, Ankereinrichtungen, Gemeinschaftsunternehmen und lokaler Regierung unter: community-wealth.org/cleveland." (Näheres zu dem genossenschaftlichen Projekt in ArGe-Rundbrief 17/2016). Jedenfalls hat sich das Experiment auf die Wahlen nicht negativ ausgewirkt: Während Ohio insgesamt von Obama zu Trump wechselte, konnten sich die Demokraten im Bezirk um Cleveland halten.

Italien: Tag des Generalstreiks

Am 21. Oktober 2016 hat ein 24-Stunden-Generalstreik den öffentlichen Verkehr, den Luftverkehr und den öffentlichen Sektor beeinträchtigt. Demonstranten aus dem ganzen Land blockierten die Straßen von Rom, um ihre Wut auf die Arbeitsmarktreformen auszudrücken, einer der wichtigsten Bausteine der Politik der Regierung. Bis zu einer Million Menschen nahmen teil, sagten die Organisatoren. Laut den Gewerkschaften sind das bevorstehende Referendum des Premierministers und die vorgeschlagenen Verfassungsreformen eine große Quelle der Beschwerde. Renzi will die Schutzregeln für Arbeitnehmer ändern. Im September gewann der Plan Unterstützung von seiner Partei.

https://www.rt.com, 25.10.2016

Spanien: Schulstreik gegen Reformen

Tausende von Schülerinnen und Schülern protestierten am 26. Oktober in Madrid gegen neue schulische „Reformen", die mehr Prüfungen für die Hochschule bedeuten werden. Die neuen Prüfungen sind Teil des Lomce-Bildungsgesetzes, das Lehrer, Eltern und Schüler dahingehend bewerten, dass sich die Lehrpläne auf die Bedürfnisse des Staates und der Wirtschaft beschränken werden, breiteres Lernen und kritisches Denken zerstört wird und gleichbedeutend mit Indoktrination ist. Das Gesetz erhöht auch den Antrieb zur Privatisierung. Die Demonstranten wurden von Tausenden von Eltern und Lehrern, die auch gegen die Lomce-Reformen und für die Verteidigung der öffentlichen Bildung protestierten. Die Hauptlehrerverbände hatten keinen nationalen Streik organisiert, aber einige Lehrerverbände unterstützten die Aktion. Das Ministerium für Bildung hat geschätzt, dass 12% der Schullehrer diesen Streik unterstützt haben.

http://www.teachersolidarity.com, 26.10.2016

England: Positives Urteil bestätigt Rechte für Uber-Fahrer

Am Freitag, den 28. Oktober, bestätigte ein Urteil des Londoner Arbeitsgerichts, dass Uber-Fahrer Anspruch auf Urlaubsgeld, bezahlte Ruhepausen und den nationalen Mindestlohn haben. Die Präzedenzfälle wurden von der GMB-Gewerkschaft, eine der größten Gewerkschaft in Großbritannien, im Auftrag von zwei Uber-Fahrern eingereicht, die argumentierten, dass das Taxiunternehmen gegen das Gesetz verstoße, da es ihnen keine grundlegenden Arbeitsrechte gebe. In diesem Fall wurde geprüft, ob die Fahrer als Arbeitnehmer oder, wie Uber immer noch behauptet, als Selbständige gelten. Das Londoner Arbeitsgericht begründete das Urteil damit, dass „die Vorstellung, dass Uber in London ein Mosaik von 30 000 kleinen Unternehmen ist, schwach und lächerlich ist." „Fahrer können nicht mit Fahrgästen verhandeln … Sie bieten und akzeptieren Fahrten streng nach Ubers Bedingungen." Die GMB-Gewerkschaft beschrieb die Entscheidung als einen „monumentalen Sieg" für etwa 40 000 Fahrer in England und Wales. TUC-Generalsekretär Frances O'Grady sagte: „Dieser Fall hat die dunkle Seite der so genannten flexiblen Arbeit sichtbar gemacht. Für viele Arbeitnehmer ist die Gig-Wirtschaft (schöne neue Arbeitswelt) eine rigide Wirtschaft, in der Bosse aus der Bezahlung des Mindestlohns und der Bereitstellung von Grundlagen, wie bezahlte Ferien und Ruhepausen, herauskommen können." Uber will gegen das Urteil Beschwerde einlegen mit der Begründung, es sei rechtswidrig. Christophe Degryse, Research-Leiter der GMB-Zukunftsabteilung, kommentiert: „Uber ist technologisch ein Unternehmen des 21. Jahrhunderts, aber es scheint von den Arbeitsbedingungen des 19. Jahrhunderts zu träumen. Die Arbeit in der digitalen Wirtschaft kann nicht auf eine bloße Ware reduziert werden. Nur weil sie sich als digitale Plattform definieren, bedeutet das nicht, dass sie sich der Steuerzahlung und sozialen Verpflichtungen entziehen können."

http://www.etui.org, 3.11.2016

Norwegen: Lokführer wieder in der Schlichtung

Lokführer, die für die Staatsbahn NSB arbeiten, richteten am 15. Oktober ein Treffen im nationalen Vermittlungsbüro aus. Die Arbeitnehmervertreter kündigten an, einen Vorschlag für eine mögliche Lösung vorzubereiten. Der Streik der Norwegian State Railways (NSB) und CargoNet begann am 29. September. Die Gewerkschaft des Zugpersonals (NLF) sagte, dass die Fahrer ihre Maßnahmen intensivieren müssten, weil es keine Kontakte zwischen der Gewerkschaft und den Arbeitgebern gegeben habe. NSB und CargoNet – beide staatseigen – haben Pläne zur drastischen Reduzierung der Trainingsprogramme für Lokführer eingeführt. Die NLF fordert, dass die Unternehmen ein nationales Ausbildungsprogramm als Grundlage für alle Lokführertrainings annehmen und dass dieses Programm auf dreigliedriger Ebene von Behörden, Arbeitgebern und Gewerkschaften entwickelt wird.

http://www.itfglobal.org, 25.10.2016

Island: Frauenprotest gegen Lohnlücken

Frauen wurden von Gewerkschaften und Frauenorganisationen ermutigt, am 24. Oktober 2016 ihre Arbeitsplätze zu verlassen, um gleiche Löhne für ähnliche Arbeit zu fordern. In Reykjavík trafen sie am Austurvöllurplatz ein, wo sie sich versammelten, um gegen das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu protestieren. Ähnliche Proteste waren im ganzen Land geplant. Das Timing – 14:38 Uhr – war kein Zufall, sondern koordiniert. Im Vergleich zu den Einkommen der Männer arbeiten Frauen jeden Tag eine Stunde ohne Bezahlung. Der Kampf für gleiche Bezahlung ist nicht vorbei: auf der Grundlage der Trends in den letzten zehn Jahren, scheint es, wird es 52 Jahre dauern, um die geschlechtsspezifische Lücke zu beseitigen.

http://icelandreview.com, 24.10.2016

Usbekistan: Zwangsarbeit und Repression

Wie schon in den vergangenen Jahren setzt die Regierung Usbekistans auch weiterhin auf den massiven Einsatz von Zwangsarbeit bei der Baumwollernte und die harte Repression von Aktivisten. Am 13. Oktober, an dem Tag, an dem die Regierung das ILO-Übereinkommen 87 über die Vereinigungsfreiheit ratifizierte, verhafteten die Behörden vier Journalisten, die über Zwangsarbeit berichteten. Der staatlich kontrollierte Gewerkschaftsbund Usbekistans, der die Belegschaften kontrolliert und Millionen von Mitgliedern vertritt, bleibt die einzige legale Gewerkschaftsorganisation im Land.

http://www.iuf.org, 2.11.2016

Bangladesch: Intensivierung der Gewerkschaftsarbeit

Während eines Workshops in Dhaka verpflichteten sich IndustriALL-Mitgliedsunternehmen in Bangladesch dazu, mehr Arbeiter in der Lieferkette im Bereich der Fertigwaren zu organisieren. Am 23. und 24. Oktober nahmen die Gewerkschaften der Bangladeshi-Gewerkschaft an einem Workshop in Dhaka teil, der von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt wurde, um Organisationsstrategien in der Zulieferkette zu diskutieren. Christina Hajagos-Clausen, Textil-und Bekleidungs-Leiterin von IndustriALL, sagte: Das strategische Organisieren, einschließlich der Ermittlung von gewinnbaren Zielen, ist angesichts der Macht der multinationalen Konzerne und der Art der Beschäftigung in diesem Sektor von entscheidender Bedeutung. Die

Organisatoren der Gewerkschaften diskutierten, dass Marken für das Wohl der Arbeitnehmer verantwortlich gemacht werden müssen. Ihre Präsenz in den Lieferketten lässt sich mit den globalen Rahmenvereinbarungen (GFAs) von IndustriALL und den von den Marken veröffentlichten Informationen verfolgen. Die Mitgliedsorganisationen beschlossen, internationale Instrumente wie die ILO-Konventionen, die OECD-Leitlinien, die GFAs von IndustriALL und die Bangladesch-Vereinbarung zur Organisation der Arbeitnehmer und zum Schutz der Arbeitnehmerrechte im RMG-Sektor (Fertigbekleidungssektor) zu nutzen. Apoorva Kaiwar, – Regionalsekretärin von IndustriALL Südasien – betonte die Bedeutung der Mitgliedsorganisationen, die in einer kooperativen, nicht-konkurrierenden Weise zusammenarbeiten, um die Vereinigung unter Bangladeschs vier Millionen Arbeitskräften zu verbessern. Ein Workshop diskutierte über die Organisationsstrategien und analysierte Stärken, Schwächen und externe Chancen und Risiken der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften beschlossen, Aktionspläne vorzubereiten, um mehr Arbeitnehmer zu organisieren.

http://www.industriall-union.org, 31.10.2016

Südkorea: Samsung will keine Gewerkschaften

Samsung hat nicht nur einen Ruf für die moderne Technologie, sondern auch eine Geschichte der mittelalterlichen Bedingungen für die geschätzten 1.500 000 Arbeiter in einem riesigen und schattenhaften Netz von Subunternehmern und Tochtergesellschaften, die tief in der gesamten Region verankert sind. Das Asia Monitor Resource Center (AMRC) berichtet, dass die „No-union"-Politik von Samsung die gesamte asiatische Elektronikindustrie betrifft, „denn Samsung Electronics greift aktiv ein, um die Gründung von Gewerkschaften bei seinen Lieferanten zu verhindern". Eine durchgesickerte Power-Point-Präsentation, die nur für die Augen der Firmenchefs gedacht ist, verabschiedete spezifische „Gegenmaßnahmen", um „die Mitarbeiter zu beherrschen". Und die Sprache ist schockierend. Das durchgesickerte Material weist die Führungskräfte an, „Mitarbeiter zu isolieren", „Anführer zu bestrafen" und „interne Konflikte auszulösen". Und das ist nur ein Teil der Unternehmenspolitik. AMRC berichtet von Fällen von schwerem Missbrauch, wo Samsung „die Telefone der Arbeiter abhört, sie verfolgt, und ihre Familien bedroht". Für die prekär Beschäftigten sind unmenschliche Bedingungen weit verbreitet. Nach Angaben von China Labor Watch leiden Mitarbeiter von Samsung-Fabriken, einige minderjährig, durch 100 erzwungene Überstunden pro Monat, unbezahlte Arbeit, verbalen und körperlichen Missbrauch, Diskriminierung von Alter und Geschlecht, Mangel an Arbeitnehmersicherheit.

http://act.ituc-csi.org, 27.10.2016

USA: Schulbusfahrer ratifizieren erste CBA

85 Durham Schulbusfahrer und Mitarbeiter in Santa Rosa, Florida, stimmten am 15. Oktober dafür, die erste Kollektivvereinbarung (CBA) nach einem dreijährigen Rechtsstreit mit dem Unternehmen zu ratifizieren. Im Februar 2013 stimmten die Arbeiter überwiegend für eine Vereinigung mit den Teamsters (Gewerkschaft), aber Durham (Santa Rosa County Schulbezirk-Verkehr) weigerte sich, das Ergebnis anzuerkennen. Das National Labor Relations Board (NLRB) – das die Abstimmung durchführt hatte und das Ergebnis bestätigte – verklagte Durham für die Verletzung des Bundesarbeitsrechts. Im Juni 2016 zwang ein Urteil des US-amerikanischen Berufungsgerichts zugunsten des NLRB Durham schließlich, die Wahl der Arbeitnehmer anzuerkennen und mit den Arbeitnehmern zu verhandeln. Die Kollektivvereinbarung mit Durham – einer Tochtergesellschaft von National Express – enthält unter anderem eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 20 Prozent für Fahrer, beinhaltet vier bezahlte Feiertage und verpflichtet das Unternehmen zur 75-prozentigen Abdeckung der Gesundheitsbetreuungskosten für Mitglieder und ihre Familien. Kim McLaughlin, ein Durham-Fahrer, der seit neun Jahren beschäftigt ist, sagte: „Dieser Vertrag bedeutet eine wesentliche Verbesserung der Lebensqualität für mich und meine Familie. Wir haben endlich unsere Rechte durch einen rechtsverbindlichen Gewerkschaftsvertrag und ein ordnungsgemäßes Prozessverfahren geschützt, damit das Unternehmen nicht willkürlich gegen uns vorgehen kann."

http://www.itfglobal.org, 27.10.2016

Mexiko: Mindestlöhne unter der Armutsgrenze

Nach Angaben der in Chiles Hauptstadt Santiago ansässigen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik (Cepal) bleibt Mexiko wie in den vorangegangenen Jahren weiter das einzige Land der Region, in dem der staatlich festgelegte Mindestlohn unter der Armutsgrenze liegt. Demnach gibt es dort Menschen, deren Lohn auch bei Vollzeitarbeit nicht ausreicht, um davon überleben zu können. Laut Cepal verstoße der Staat mit der zu niedrigen Mindestlohngrenze gegen die mexikanische Verfassung, weil Erwerbstätige trotz ihrer Arbeit Hunger leiden, wie das Lateinamerika-Portal amerika21 meldet. Für die Wirtschaftskommission ist diese Analyse für Mexiko als eine der am höchsten entwickelten Volkswirtschaften Lateinamerikas paradox: Einerseits war das Land regional eines der ersten, das einen eigenen Verfassungsartikel, den Artikel 123, der Definition des Mindestlohns widmete, andererseits sind die Grenzen zwischen Mindestlohn und Armut fließend. Der Mindestlohn liegt derzeit bei 73,04 Pesos täglich (rund 3,50 Euro). Dieser Betrag sollte laut Verfassung ausreichen, um eine Familie zu ernähren. Er liegt jedoch weit unterhalb der Kosten für den Grundwarenkorb an notwendigen Lebensmitteln, Waren und Dienstleistungen, der für den Mindestbedarf in Mexiko 127 Euro pro Person im Monat angibt.

http://publik.verdi.de, 11-2016

Ekuador: Brutale Verfolgung von Lehrer-Gewerkschaftern

Rosana Palacios, Präsidentin der Nationalen Union der Erzieher (UNE), wurde von Strafverfolgung bedroht und ihr wurde verboten, im Namen ihrer Gewerkschaft zu sprechen. Bei einem Treffen am 22. Oktober vereinbarte das Nationale Gewerkschaftsexekutivkomitee, den Kampf fortzusetzen, um die Störkampagne der Regierung, die Bildungsunion aufzulösen, zu kippen. Gewerkschaftsbüros in den Provinzen wurden geplündert und besetzt und die Regierung vermietete einige an Geschäftsleute. Die Bankkonten der Union wurden still gelegt, und die Lehrer sind gefährdet, wenn sie Kontakt zu den Gewerkschaftsbeamten der UNE haben. Der ILO-Direktor Guy Ryder hat an den Bildungsminister geschrieben, und die ernste Besorgnis über die Auflösung der UNE und andere Aktionen gegen die über 50-jährige Gewerkschaft zum Ausdruck gebracht. Die UNE hat Beschwerde gegen die Auflösung beim Verfassungsgericht eingereicht. Die UNE ist jedoch der Auffassung, dass zwei der drei Richter politische Ernennungen sind, die nicht unparteiisch und unabhängig handeln dürfen. Falls der Fall abgelehnt wird, beabsichtigt die UNE, beim Nationalgerichtshof zu appellieren. Rosana appellierte an die Bildungsverbände auf der ganzen Welt, Solidarität zu zeigen und, wenn möglich, Mittel für ihre Rechtsverteidigung zur Verfügung zu stellen.

www.ei-ie.org, 2.11.2016

Keine Bauer-Tax in Baden-Württemberg

Stuttgart. Am Dienstag, den 25. Oktober hat das grün-schwarze Kabinett in Baden-Württemberg die Einführung von Studiengebühren für ausländische Studierende (aus Nicht-EU-Ländern, d. Red.) in Höhe von bis zu 1.500 Euro pro Semester beschlossen. „Das heißt: Es können nur Menschen einen Abschluss machen, wenn sie über ausreichend Geld verfügen. Baden-Württemberg wird nicht mehr die bestqualifizierten Menschen anziehen, sondern vor allem Reiche, die sich Bildung kaufen können", so Maimouna Ouattara, Sprecherin des Bundesverbands ausländischer Studierender (BAS)." Dies steht im Widerspruch zu den Zielen der Hochschulen, besonders qualifizierte Personen für die Wissenschaft zu gewinnen. Es steht auch im Widerspruch zum Ziel, durch mehr personellen Austausch mehr Sensibilität für globale Probleme zu entwicklen, die Internationalität zu fördern und den Kontakt zwischen Deutschen und der Welt zu intensivieren. Und es steht im Widerspruch zu einer Politik, mehr und besser ausgebildete Fachkräfte für den Arbeitsmarkt anzulocken". Diese Entscheidung stellt einen wissenschaftspolitischen und ökonomischen Unsinn dar, mit dem kurzfristig Haushaltslücken zulasten der Zukunft sowie der sozialen Gerechtigkeit geschlossen und-Stammtischparolen-Wähler bedient werden sollen." Das Versprechen aus dem Wahlprogramm, mit dem Durchregieren von oben nach unten zu brechen und künftig die Menschen in die Politik einzubeziehen, wurde hiermit gebrochen. Ein Dialog mit den Betroffenen und ihren Vertretungsorganen wurde in keinster Weise gesucht. Darunter befinden sich der Bundesverband ausländischer Studierender (BAS) und das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), die sich vehement gegen dieses Vorgehen der Ministerin und auch allgemein gegen jede Form von Studiengebühren aussprechen. Denn die Studiengebühren schaden der Internationalität der Hochschulen in Baden-Württemberg, darüber hinaus diskriminieren sie ausländische Studierende und ruinieren alle bisherigen Erfolge bei der Gewinnung und Integration ausländischer Studierender im Handumdrehen. Ministerin Bauer möchte, dass Studierende kommen sollen, weil sie Geld haben, nicht weil sie klug sind. Dabei ist das ohnehin schon der Fall: Ausländische Studierende zahlen bereits jetzt eine Vielzahl an Gebühren, die für einheimische Studierende nicht anfallen. Nach einer vom BMBF und DAAD vorgestellten Studie ergeben sich positive volkswirtschaftliche Effekte während und noch deutlich höher nach dem Studium. Diese Effekte sind deutlich höher anzusetzen, als die während des Studiums ausgelösten staatlichen Aufwendungen. Laut dieser Studie tätigten im Jahr 2011 die rund 161 000 bundesweit aus dem Ausland kommenden Studierenden Konsumausgaben in Höhe von mehr als 1,5 Mrd. Euro, was zu Steuereinnahmen in Höhe von 400 Mill. Euro in den öffentlichen Haushalten führte. Die Mär von nur billig studieren wollenden ausländischen Studierenden, die von Ministerin Bauer vertreten wird, ist eine völlige Verdrehung der Tatsachen wider besseren Wissens. (https/www.bmbf.de/de/auslaendische-studierende-ein-gewinn-fuer-deutschland-438.html) Aber die eingeführten Gebühren sind nicht nur wirtschaftlicher Unsinn, sondern befeuern vor allem eine nationalistische und ausländerfeindliche Debatte, die Bildung eben doch nicht allen Menschen zugestehen will. So betreiben die Grünen eine Politik, die im baden-württembergischen Landtag von der AfD bejubelt werden wird. ABS und BAS verurteilen dies und fordern frei zugängliche Bildung ohne Gebühren, unabhängig vom sozialen oder ausländerrechtlichen Status. **www.abs-bund.de/**

Klimapolitik: Blamage für die Bundesregierung

Berlin. Anlässlich der UN-Klimakonferenz in Marrakesch vom 7. bis 14. November fordern Venro und die Klima-Allianz Deutschland die Bundesregierung auf, den Weltklimavertrag von Paris auf nationaler Ebene umzusetzen. Aktuell biete die Bundesregierung in der Klimapolitik ein Trauerspiel. „Es ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung, dass sie sich nicht einmal auf einen unambitionierten Klimaschutzplan vor der UN-Klimakonferenz in Marrakesch einigen konnte", sagt Christiane Averbeck, Geschäftsführerin der Klima-Allianz Deutschland. „Deutschland galt einmal als Vorreiter im Klimaschutz. Ohne deutliche Maßnahmen für die Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftssektoren wird Deutschland nicht mehr länger zur Vorreitergruppe gehören." Am 4. November tritt offiziell der Weltklimavertrag von Paris in Kraft, die Verpflichtungen sind damit ab jetzt völkerrechtlich verbindlich – auch für Deutschland. Im Dezember 2015 hatten 196 Vertragsstaaten vereinbart, die weltweite Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad und möglichst sogar auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen. Venro und die Klima-Allianz Deutschland fordern die Bundesregierung in dem Positionspapier „Paris umsetzen!" dazu auf, ihre Klima-, Energie- und Entwicklungspolitik entsprechend auszurichten und ihren Worten jetzt Taten folgen zu lassen.

„Es ist skandalös wenn die Bundesregierung der Ratifizierung des Klimaabkommens nun nicht deutliche Taten folgen lässt", so Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von Venro. „Wenn Deutschland seine Reduktionsziele nicht erreicht, ist dies auch ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die heute schon vom Klimawandel betroffen sind." Nur mit einem möglichst frühen Ausstieg aus der Kohleverstromung, der deutlichen Verringerung der Treibhausgas-Emissionen in der Landwirtschaft und der Abkehr von fossilen Brennstoffen im Verkehrssektor und Gebäudesektor könnten die Klimaschutzziele von Paris erreicht und der deutsche Beitrag geleistet werden, um eine große Klimakrise zu vermeiden.

Venro.org/presse/

Trump muss die Menschenrechte wahren!

Berlin. Amnesty fordert nach der Wahl von Donald Trump zum nächsten Präsidenten der USA die Einhaltung der Menschenrechte. Die Rhetorik während seines Wahlkampfes darf nicht in Regierungspolitik umgesetzt werden. Nach der Wahl von Donald Trump zum nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärte Salil Shetty, Internationaler Generalsekretär von Amnesty International: „Trump hat während seines Wahlkampfes mehrfach Fassungslosigkeit und tiefgreifende Sorgen hinsichtlich der menschenrechtlichen Verpflichtungen der USA aufkommen lassen. Er muss all das nun hinter sich lassen und sowohl die nationalen als auch die internationalen Menschenrechtsverpflichtungen der USA einhalten." Margaret Huang, Geschäftsführerin von Amnesty International in den USA, erklärte: „Im Vorfeld dieser Wahl nutzten Donald Trump und andere Personen eine beunruhigende und zum Teil giftige Rhetorik. Diese kann und darf nun nicht in Regierungspolitik umgesetzt werden. Die rassistischen, sexistischen und anderen hasserfüllten Aussagen von Trump haben in einer Regierung nichts zu suchen." „Trump muss sich öffentlich verpflichten, die Menschenrechte aller Personen diskriminierungsfrei zu wahren. Von Internierungslagern bis hin zu Folterungen – wir haben in der Vergangenheit erleben müssen, was für verheerende Folgen es hat, wenn unsere Repräsentanten die menschenrechtlichen Verpflichtungen

human rights

der USA missachten. Alle Personen, die heute in das Präsidentenamt, die Verwaltung einer Stadt oder irgendein anderes Amt gewählt worden sind, sollten dies im Gedächtnis behalten," forderte Huang. **www.amnesty.de/**

Bundesteilhabegesetz: Verbändebündnis fordert dringend Nachbesserungen

Berlin. In einem aktuellen Aufruf warnt ein breites Verbändebündnis aus Deutschem Behindertenrat, Paritätischem Gesamtverband, Deutschem Gewerkschaftsbund und anderen vor drohenden Leistungseinschränkungen und Verschlechterungen für Menschen mit Behinderung, sollten die aktuellen Gesetzesentwürfe für Bundesteilhabegesetz (BTHG) und Pflegestärkungsgesetz III (PSG III) unverändert in Kraft treten. Die Verbände fordern deutliche Nachbesserungen im Laufe des parlamentarischen Verfahrens und haben einen Forderungskatalog vorgelegt. „Mit den aktuellen Plänen drohen Verschlechterungen und Leistungseinschränkungen für viele statt Teilhabe für alle. Bund und Länder müssen hier dringend nachbessern, damit wir ein Bundesteilhabegesetz bekommen, das Teilhabe statt Ausgrenzung schafft und seinen Namen auch wirklich verdient", so Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes, der u.a. über 80 bundesweite Organisationen der Behindertenhilfe und der Gesundheitsselbsthilfe vertritt. Der Paritätische hatte in den vergangenen Wochen immer wieder in verschiedenen Städten gemeinsam mit anderen Organisationen und Betroffeneninitiativen im Rahmen von Protestaktionen auf die Gefahren der vorliegenden Gesetzesentwürfe und den Nachbesserungsbedarf beim BTHG aufmerksam gemacht. Für Mittwochabend lädt der Verband gemeinsam mit der Initiative Selbstbestimmt Leben zu einem Parlamentarischen Abend zum Thema ein. **www.der-paritaetische.de**

Flüchtlingsrat NRW fordert: Keine Abschiebungen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen!

Bochum. Im Zuge des steigenden Abschiebungsdrucks, insbesondere gegenüber Menschen aus den sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten", geraten in NRW nun selbst unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ins Visier der Ausländerbehörden. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge kommen allein, ohne Elternteil, nach Deutschland und zählen zum Kreis der besonders schutzbedürftigen Personen. Um ihrem Schutzbedarf ausreichend Rechnung zu tragen, waren Abschiebungen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in NRW in der Vergangenheit eine absolute Ausnahme. Aktuelle Fälle lassen nun einen gegenläufigen Trend befürchten. Im Aufenthaltsgesetz ist geregelt, dass ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nur abgeschoben werden kann, wenn sichergestellt ist, dass dieser nach der Abschiebung in die Obhut seiner Familie oder einer Fürsorgeeinrichtung übergeben wird. In den uns vorliegenden Fällen sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt. Es fehlt seitens der Ausländerbehörde an einer Mitteilung über die Aufnahme- und Versorgungssituation für die Jugendlichen, die nach Albanien abgeschoben werden sollen. Deshalb ist völlig unklar, wer im Zielstaat die Fürsorge für diese Jugendlichen übernehmen wird. Der politische Wille, Menschen aus den sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten" des Westbalkan so schnell wie möglich abzuschieben, macht kaum noch vor humanitären Hürden halt. Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW kommentiert: „Menschen aus den Westbalkanstaaten sind schon rechtlich schlechter gestellt als andere Flüchtlinge. Dass bei den beiden anstehenden Abschiebungen offenbar auch das geltende Recht nicht angewandt wird, zeigt einmal mehr, dass der politisch gewollte Abschiebungsdruck seine Wirkung entfaltet. Dabei wird das Kindeswohl, welches bei allen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen betreffende Maßnahmen beachtet werden muss, durch eine Abschiebung massiv verletzt". Der Flüchtlingsrat NRW fordert die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf, in einem Erlass klarzustellen, dass aus NRW keine unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge abgeschoben werden. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen muss immer Priorität vor ordnungsrechtlichen Maßnahmen haben! **www.frnrw.de/**

UN-Mehrheit setzt Verhandlungen zum Atomwaffenverbot durch

Donnerstagnacht stimmte in New York die überwältigende Mehrheit der Staatengemeinschaft im Ersten Ausschuss der UN-Generalversammlung für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot noch im Jahr 2017. 123 Staaten votierten für Resolutionsentwurf L.41 und somit für das Mandat, bereits im März, Juni und Juli eine entsprechende UN-Konferenz einzuberufen. 38 Staaten, angeführt von Russland, den USA und den meisten Nato-Staaten stimmten dagegen, 16 Staaten enthielten sich der Stimme. Das Abstimmungsergebnis kommt einer abrüstungspolitischen Revolution gleich.

Noch nie haben es die atomwaffenfreien Staaten gewagt, die Atomwaffenstaaten und ihre Alliierten in einer solchen Frage zu überstimmen. Dies ist auch der breiten und beharrlichen zivilgesellschaftlichen Unterstützung durch die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) zu verdanken. Die Entscheidung stellt auch eine neue weltpolitische Weichenstellung dar. Angesichts der Spannungen zwischen Nato und Russland, die zunehmend auch zu einer Verschärfung der nuklearen Rhetorik und Aufrüstung geführt haben, ist das Votum in New York von herausragender geopolitischer und diplomatischer Bedeutung.

Entsprechend stark war zuvor der Druck seitens der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, die, mit Ausnahme von China, ihren privilegierten Status auch mit Blick auf Atomwaffen verteidigen wollen. Dass ihnen dies so offenkundig misslang, ist auch eine Blamage für Deutschland, das ebenso gegen ein Verbot der letzten noch nicht geächteten Massenvernichtungswaffen gestimmt hat. „Es ist eine Schande für Deutschland, dass sich die Bundesregierung der Gruppe der Hardliner angeschlossen hat", kommentiert Sascha Hach von ICAN Deutschland die deutsche Haltung. „Neben Rüstungsexporten an autoritäre Regimes gehören die Stationierung und Unterstützung von Atomwaffen zu den Abgründen der deutschen Außenpolitik." Am Donnerstagnachmittag noch hatte das Europäische Parlament mit den Stimmen von CDU und SPD alle EU-Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert, für die Verhandlungen zum Atomwaffenverbot zu stimmen. Hierzu Leo Hoffmann-Axthelm, für ICAN in Brüssel: „Es ist ermutigend, dass neben Österreich, Schweden, Irland, Malta und Zypern auch das EU-Parlament mit breiter Mehrheit auf der richtigen Seite der Geschichte stand." Die Schweiz, Niederlande und Finnland enthielten sich der Stimme. Neben China stimmten auch die Atomwaffenstaaten Indien und Pakistan mit Enthaltung. „Die deutsche Position ist vor diesem Hintergrund in keiner Weise nachvollziehbar," meint Xanthe Hall von der IPPNW: „Indem die Bundesregierung gegen ein Atomwaffenverbot stimmt, stellt sie sich gegen das Primat des Rechts vor der Gewalt. In diesen Zeiten setzt sie damit auf Eskalation und Aufrüstung statt auf Diplomatie." **www.atomwaffenfrei.de**

(Zusammenstellung: Thorsten Jannoff)

BASF: Mängel in der Betriebssicherheit erkennbar – Immer wieder Fremdfirmen involviert

Die Linke reicht eine Anfrage im Gemeinderat ein – die Kommune muss der BASF auf Augenhöhe begegnen

Das Explosionsunglück am 17. Oktober im Landeshafen der BASF SE in Ludwigshafen hat mittlerweile ein viertes Todesopfer gefordert. 30 Menschen wurden verletzt, acht davon schwer. Die Explosion hatte sich im Bereich einer Rohrleitungstrasse zugetragen. Die BASF ließ lange Zeit offen, welche Stoffe in Brand geraten waren.

Inzwischen haben die Ermittlungsbehörden bekanntgegeben, dass der Arbeiter einer Fremdfirma ein leeres Rohr öffnen sollte, dabei aber tragischerweise ein benachbartes mit „Raffinat" (also einem flüssigen Kohlenwasserstoff aus Erdöl) beaufschlagtes Rohr erwischt habe. Der Handwerker kann noch nicht vernommen werden, da er schwerstverletzt im Krankenhaus liegt.

Was jetzt für den Staatsanwalt gut ist, hätte vorher schon dem Schlosser geholfen

Zur Vermeidung solcher Tragödien gibt es längst Gesetze, z.B. die Betriebssicherheitsverordnung (BetrSiV), die aber auch eingehalten werden müssen.

Das sähe dann bei der Reparatur innerhalb einer Rohrleitungstrasse mit 38 Rohrleitungen etwa so aus: Die Nachbarrohrleitungen werden auf Risiken hin überprüft und bei hohem Risiko geschlossen und auch gereinigt wie die zu reparierende. Mindestens aber überprüft ein zweiter Mitarbeiter, ob die Leitung, die geöffnet werden soll, auch die richtige ist. (Vier-Augen-Prinzip). Es müssten in erreichbarer Nähe Druckanzeiger in allen Rohrleitungen den Status der Leitung anzeigen; die Leitungen müssen ausnahmslos mit Kennzeichnung des Inhalts beschriftet sein, usw. usf.

Dies alles umfasst die Arbeitsvorbereitung: Gefährdungsbeurteilungen, Betriebsanweisung, ggf. Koordination zwischen Auftraggeber und Fremdfirmen, Information über im Bereich befindliche Gefahrstoffe, Überprüfung, Freigabe zur Arbeit. Dies alles ist so auch ganz genau in der BetrSiV verankert. Gefährdungsbeurteilungen müssen auch denkbare Störungen und mögliche Irrtümer umfassen. Schon jetzt zeichnet sich ab: Es wurde von der BASF nicht so gehandelt, wie vorgeschrieben. Sonst wäre das Geschehen nach jetzigem Kenntnisstand nicht eingetreten.

Wie kann es beispielsweise sein, dass nicht sofort nach dem Brand- und Explosionsereignis eindeutig feststand, mit welchen Medien die Leitungen der Rohrtrasse beaufschlagt waren? Wie kann es sein, dass selbst die werkseigene Feuerwehr in die Situation gerät, von der Dimension des Ereignisses überrascht zu sein und über die bereits brennenden und möglicherweise noch in Brand geratenden Stoffe nicht informiert zu sein? Dies widerspricht in krasser Weise dem Geist und dem Buchstaben aller einschlägigen Gesetze und Verordnungen. Drei der zu beklagenden Todesopfer gehörten der Werksfeuerwehr der BASF an.

Was die BASF zur Sicherheit eines Fremdfirmenhandwerkers nicht veranlassen wollte, der ein Rohr mit dem Winkelschleifer öffnen und dann wohl auch ein Ersatzteil einsetzen und schweißen sollte, das muss sie jetzt für die Staatsanwaltschaft veranlassen: „'Es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, damit keine Gefahr für Leib und Leben meiner Ermittler besteht', so Oberstaatsanwalt Hubert Ströber. Es dürften weder Gase noch andere brennbare flüssige oder feste Stoffe in der Umgebung vorhanden sein, wenn die Fachleute ihre Trennschleifer ansetzen. Die technischen Vorarbeiten, bei denen unter anderem die Leitungen gründlich gereinigt werden, würden von der BASF in enger Abstimmung mit den Genehmigungsbehörden erledigt, so Ströber." (MM 26.10.2016) Der Staatsanwalt verfügt also während der Arbeiten eine Teilstilllegung der Rohrtrasse und damit einiger Betriebe.

„Die wirtschaftliche Dimension ist jetzt vollkommen uninteressant" – zu spät!

Auf der ersten Pressekonferenz sagte der tief betroffene Werkleiter des BASF-Standortes Ludwigshafen, Dr. Uwe Liebel sinngemäß: „Es geht jetzt um die Verletzten und die Angehörigen der Toten, die wirtschaftliche Dimension ist jetzt vollkommen uninteressant". Die „wirtschaftliche Dimension" ist aber ganz zentral: Welche kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen wirken vor einer solchen Reparaturmaßnahme, wenn es u.U. darum geht, Produktionen zu unterbrechen oder Fremdfirmen-Koordinatoren vor Ort einzusetzen oder vielleicht gar eigenes Personal?

Spätestens hier stellt sich die Frage, warum die BASF eigentlich seit Jahrzehnten – wo es nur geht – Fremdfirmen einsetzt und nicht eigenes Personal. Die Antwort ist natürlich eine ökonomische: Die Fabrik muss „atmen". Viel Arbeit, viele Beschäftigte in den Dienstleistungen, weniger Arbeit oder nicht immer gleichmäßig viel Arbeit, weniger Beschäftigte. Fremdfirmen setzen das „Atmen" notfalls mit betriebsbedingten Kündigungen um – für die BASF wäre dies ein kaum durchsetzbares Unterfangen. Insofern lastet auf den Fremdfirmen-Mitarbeitern auch ein erhöhter Druck hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherheit und eine erhöhte Fluktuation.

Fremdfirmeneinsatz erhöht die Risiken – Problem „Fehlerkultur"

Das sind gleich zwei Einfallstore für Unfallrisiken. Erstens: Instandsetzungspersonal braucht gute Kenntnisse hinsichtlich der Gefahrstoffe, die in den Anlagen eingesetzt werden. Ja, man braucht genau wie das Produktionspersonal regelrechten Respekt vor dem Potenzial an Energie, das in den Stoffen steckt und ggf. vor deren Toxizität. Das ist eine Frage der Qualifizierung wie auch der Erfahrung. Nicht umsonst haben z.B. die inzwischen stark dezimierten Erdölraffinerien in früheren Zeiten hochbezahlte eigene Schlosser eingesetzt. Denn der Schaden, der in solchen Großanlagen durch geringfügige Fehlhandlungen erzeugt werden

kann, ist unverhältnismäßig größer als die Einsparungen durch Beschäftigung von billigerem, weniger geschultem und wechselndem Personal. Zweitens: Ein großes Problem in der chemischen Industrie ist die „Fehlerkultur“. Natürlich sollte das Personal so qualifiziert sein, dass möglichst keine Fehlhandlungen passieren. Wenn aber doch, so gibt es sehr oft noch eine Möglichkeit, die Folgeschäden zu minimieren. Das setzt jedoch die Möglichkeit voraus, gemachte Fehler einzugestehen und zu melden, ohne gleich mit Repressionen, schlimmstenfalls dem Arbeitsplatzverlust rechnen zu müssen. Im vorliegenden Beispiel hätte es nach der Perforierung der falschen Leitung die Möglichkeit gegeben, die Arbeiten sofort zu unterbrechen und Notmaßnahmen zu ergreifen.

Selbst in den Kernbelegschaften ist die mangelnde Fehlerkultur ein kaum lösbares Problem. Ein prominentes Beispiel hierfür war der Störfall am frühen Morgen des 22.2.1993 (Rosenmontag) im Werk Frankfurt-Griesheim der damaligen Hoechst AG. Die Kommission Anlagensicherheit beim Bundesumweltministerium nennt diesen Störfall ein „Schlüsselerlebnis für die deutsche chemische Industrie“ (Bericht Risiko-Kommunikation 2008, S. 62). Damals trat ein gelbes klebriges Chemikaliengemisch aus einem großen Reaktor aus und kontaminierte den Stadtteil. Grund hierfür war eine plötzliche und sehr heftige Reaktion in dem Kessel. Der zuständige Arbeiter hatte zu einer bereits vorgelegten Flüssigkeit den Reaktionspartner in den Reaktor zulaufen lassen, ohne den Rührer einzuschalten. Dies bemerkte er erst, als schon sehr viel davon in dem Kessel war. Nun schaltete er den Rührer ein und setzte damit eine schlagartige Reaktion in Gang, die bei korrekter Vorgehensweise schrittweise unter Rühren und Kühlung beherrschbar stattgefunden hätte. Hätte der Mann den Rührer nicht eingeschaltet, wäre sie Situation noch zu retten gewesen. Die Angst vor dem Meister überwog wohl.

„Sicherheit hat immer Vorrang“ – immer?

Allerdings hätte auch in diesem Fall eine simple Überlegung im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung für diesen Produktionsprozess ergeben: Zufluss des Reaktionspartners bei Rührerstillstand durch automatische Schließung des Zulaufventils unterbinden.

Auch die größten Chemiekonzerne, die über genug Kapital verfügen und die riesige Stabsabteilungen für Arbeitssicherheit unterhalten, bleiben hinter ihrer Daueraussage „Safety first“ immer wieder zurück. Wie sagte der BASF-Vorstandsvorsitzende Kurt Bock nach dem verheerenden Brandunglück: „Eines kann ich mit Gewissheit sagen: Sicherheit hat immer Vorrang bei BASF. Das leben wir alle. Jeden Tag. Klar ist nach so einem Unfall aber auch: Unsere Sicherheitsmaßnahmen werden immer wieder auf den Prüfstand gestellt. Und wir werden weiter in Sicherheit investieren. Dafür setze ich mich persönlich ein.“ (BASF-Information Sonderausgabe Oktober 2016). Das ist sicher nicht ganz falsch. Denn ohne ein hohes Maß an Anlagen- und Arbeitssicherheit würde es in den 200 Betrieben der BASF in Ludwigshafen täglich krachen und knallen, der Himmel wäre dauerschwarz und die Firma bald pleite. Aber trotzdem konterkariert die Ökonomie, die Pflege der Quartalszahlen, immer wieder die Nachhaltigkeit der Sicherheitsmaßnahmen. Die Sicherheit hat eben nicht IMMER Vorrang. 99,8% Sicherheit sind eben nicht ausreichend, wie das bedauerliche Ereignis im Oktober wieder beweist.

Auch werden 100% Arbeitssicherheit nur zu erreichen sein, wenn die Arbeitsbeziehungen repressionsfrei gestaltet sind und das Thema Arbeitssicherheit kollektiv unter aktiver Beteiligung der Beschäftigten angegangen wird. Dafür braucht es Arbeitszeit und somit auch Geld.

Die Kommunen Mannheim und Ludwigshafen sind „Stakeholder“ der BASF

Die Linke hat eine Anfrage in den Mannheimer Gemeinderat eingebracht. Denn die Betriebssicherheit eines solchen Chemie-Kolosses wie der BASF, immerhin des weltweit größten zusammenhängenden Chemiestandortes, muss als öffentliches Interesse wahrgenommen werden.

Die Kommission für Anlagensicherheit schreibt in ihrem schon zitierten „Bericht Risiko-Kommunikation“:

„Wären seitens der Industrie konkrete qualitative oder quantitative Aussagen zu der Sicherheit von Chemieanlagen gemacht worden, wäre die Risikokommunikation in den genannten Fällen vielleicht anders verlaufen. Im Gegensatz zu den Diskussionen über den Cumaringehalt von Zimt oder Acrylamid in Kartoffelchips ist hier ein allgemeines Desinteresse zu erkennen. Die Kommunikation über die Risiken schwerer Chemieunfälle ist schwierig, da die Rollen und Aufgaben der Stakeholder sowie ihre Wünsche nicht immer eindeutig erkennbar sind.“

Die Städte Mannheim und Ludwigshafen müssen ihre Interessen stellvertretend für die Bevölkerung eindeutig zum Ausdruck bringen und sich gegenüber einem Konzern wie der BASF in Augenhöhe positionieren. Sie können sich nicht nur auf die einschlägigen Behörden verlassen. Dazu gehört die Anforderung an den Chemiekonzern, auch den Kommunen über den Stand seiner Sicherheits-Anstrengungen regelmäßig zu berichten, insbesondere aber auch schnell, offen und umfassend über etwaige Betriebsstörungen / Störfälle, ihre Ursachen und künftige Vermeidung.

Die Linke lenkt in ihrer Anfrage den Blick auf die einzelnen Schritte, die die BetrSiV vom Anlagenbetreiber verlangt. Und sie fragt, wie oft eigentlich behördliche Kontrollen in der BASF stattfinden.

Thomas Trüper, Mannheim

Grundstücksverkauf nur noch nach Konzept

Köln. Der Rat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, dass städtische Grundstücke nur nach Konzept veräußert werden sollen. Nur der Investor, der ein gutes Konzept vorlegt, soll auf dem Grundstück bauen dürfen. Der Kaufpreis soll nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Grundstücke sollen in erster Linie an Investoren vergeben werden, die Wohnungen für bestimmte Zielgruppen realisieren wollen, zum Beispiel für Studierende, Geflüchtete oder behinderte Menschen. Es soll bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

Der Beschluss ist gut, aber nicht konsequent und konkret genug. Deswegen hat Die Linke einen Änderungsantrag eingebracht. Dieser ist abgelehnt worden. Die linken Kriterien werden im Folgenden dokumentiert. Sie können zum Teil in der Beratung um die einzelnen zu verkaufenden Grundstücke eingebracht werden:

Unsere Forderungen sind:

Die Vergabe muss nach Konzeptqualität und nicht nach Preis erfolgen!

Der Verkauf städtischer Grundstücke in Konzeptvergabe erfolgt immer zum Verkehrswert. Über die Vergabe entscheidet allein die Qualität des Konzeptes. Eine Konkurrenz von Bewerbern über die Höhe des Gebotes soll ausgeschlossen werden. Ein gutes städtebauliches Konzept und das Ziel, möglichst hohe Einnahmen durch Grundstücksverkäufe zu generieren, stehen miteinander in Konflikt. Um die Ziele zu erreichen, soll-

te die Stadt diesen Zielkonflikt aufheben und die Flächen zu einem Festpreis veräußern. Die Stadt München hat diesen Wechsel in ihrem Modell der Konzeptvergabe 2013 vollzogen.

Der Verkauf von städtischem Grund muss an Bindungen geknüpft werden! Die Stadt Köln hat beim Verkauf städtischer Grundstücke die Möglichkeit, mit dem Käufer Bindungen zu vereinbaren, die dinglich gesichert werden. Diese Bindungen dienen der Durchsetzung städtebaulicher und wohnungspolitischer Ziele.

Es ist nur der Bau von Mietwohnungen zulässig. Sie müssen für mindestens 40 Jahre Mietwohnungen bleiben. Eigenbedarfskündigungen sind unzulässig. Erst- und Wiedervermietungsmiete werden bei nicht geförderten Mietwohnungen an den Mietspiegel gekoppelt und dadurch begrenzt. Die Möglichkeit zur Mietanpassung wird an den Verbraucherpreisindex gekoppelt und dadurch begrenzt. Somit kann er reicht werden, dass Wohnraum dauerhaft preiswert bleibt.

Baugruppen brauchen eine Chance im Vergabeverfahren!

Der Beschluss sieht vor, dass die Konzeptvergabe außerhalb des Geschosswohnungsbaus erst bei Projekten ab zehn Wohnungen Gültigkeit haben soll. Die Erfahrung zeigt, dass Baugruppen oft weniger als zehn Einheiten verwirklichen. Des halb fordern wir die Konzeptvergabe ab acht Wohneinheiten.

Effektiv und flächensparend bauen!

Die für Wohnungsbau geeigneten Flächen in Köln sind begrenzt. Es ist daher notwendig, die verfügbaren Flächen möglichst gut zu nutzen. Für starken Flächenverbrauch sorgen zum Beispiel Luxuswohnungen, in denen wenige Personen große Wohnflächen besetzen. Daher ist eine Begrenzung der Wohnfläche nötig und auch durch die Gesetze im Baurecht möglich.

Die Konzeptvergabe muss auch von städtischen Unternehmen angewendet werden!

Wenn städtische Unternehmen Grundstücke veräußern, dann muss dies ebenfalls im Rahmen der Konzeptvergabe geschehen. Denn große Teile der potentiellen Bau gebiete sind in Besitz des Stadtwerkekonzerns, so zum Beispiel die zur Entwicklung anstehenden Flächen im Deutzer Hafen. Die Konzeptvergabe kann somit dazu bei tragen, städtebauliche Fehlentwicklungen, wie beispielsweise auf der ehemaligen HGKFläche im Rheinauhafen, künftig zu verhindern.

Michael Weisenstein (Platzjabbek, Köln)

Kommunale Politik

Ersatzlosen Abriss der Häuser Hagenbeckstraße 100 bis 112 verhindern! Leerstand sofort beenden! Hamburg. Mit einer Fete vor den Häusern Hagenbeckstraße 100 bis 112 machte Die Linke am 6. November gegen den ersatzlosen Abriss der Gebäude mobil. Die günstigen Wohnungen aus den 1950er Jahren sollten eigentlich schon vor Jahren durch neue ersetzt werden, tatsächlich lässt der Eigentümer, die DHU-Genossenschaft, sie seitdem weitgehend leer stehen. Nun werden auch die letzten Mieter_innen zum Auszug gedrängt, die Gebäude sollen abgerissen werden. Zu einem noch unbekannten Zeitpunkt will die DHU an anderer Stelle neue Wohnungen bauen – und dafür die Gartenanlage Mühlenkoppel, Teil des Stadtparks Eimsbüttel, überbauen. „Das ist ein einziges Strippenzieherprojekt zu Gunsten der Immobilienwirtschaft, das könnte so ohne weiteres auch in Palermo spielen“, erklärt dazu Rainer Benecke, Landessprecher Die Linke „Die Stadt ist voll mit wohnungssuchenden Student_innen, mit Flüchtlingsfamilien und Obdachlosen. Trotzdem lassen Senat, Bezirksamt und Immobilienhaie diese Häuser verfallen und leer stehen und schieben Mieter_innen wie Schachfiguren herum. Und das alles unter dem Deckmantel des ‚Bündnis für das Wohnen‘.“ Dagegen protestierte Die Linke gemeinsam mit betroffenen Mieter_innen am 6. 11.

www.die-linke-hamburg.de

Wohnsitzauflage: Bochum will Zusage brechen. Wie lange gelten politische Zusagen von SPD und Grünen in Bochum? Möglicherweise keine sechs Wochen. Im September hat der Rat der Stadt beschlossen, dass er eine rückwirkende Anwendung der Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge ablehnt. Jetzt sollen jedoch auch Geflüchtete, die vor Inkrafttreten des umstrittenen Integrationsgesetzes nach Bochum gezogen sind, einen „Härtefallantrag“ stellen müssen. Nur bei positiver Einzelfallentscheidung sollen sie nicht aus Bochum vertrieben werden. „Die Stadt und die rot-grüne Koalition verspielen das letzte bisschen an Vertrauen, dass ihnen noch entgegengebracht wurde“, sagt der Fraktionsvorsitzende der Bochumer Linksfraktion Ralf-D. Lange. „Es ist ja ganz einfach: Entweder die Wohnsitzauflage wird wie versprochen nicht rückwirkend angewendet. Dann muss auch niemand einen Härtefallantrag stellen. Oder aber SPD und Grüne brechen ihre Zusage, und die Betroffenen müssen ihren Einzelfall prüfen lassen. Letzteres verursacht zusätzlichen bürokratischen Aufwand und ist unverantwortlich den Betroffenen gegenüber.“ Hintergrund ist das am 6. August in Kraft getretene „Integrationsgesetz“. Es enthält die sogenannte Wohnsitzauflage, die anerkannten Flüchtlingen verbieten soll, nach Ende ihres Asylverfahrens umzuziehen.

www.dielinke-bochum.de

Freude über Urteil zum verkaufsoffenen Sonntag: Dortmund. Nun hat auch das Verwaltungsgericht Münster ein Machtwort gesprochen: Es wird künftig nicht mehr so einfach sein, an einem Sonntag die Geschäfte zum Einkaufen zu öffnen. Sehr zur Freude der Fraktion Die Linke & Piraten im Rat der Stadt Dortmund, die noch nie eine Anhängerin des verkaufsoffenen Sonntags war. „Wir wollen nicht wegen der beiden verkaufsoffenen Sonntage streiten, die noch in diesem Jahr in der City geplant sind. Uns geht es darum, dass sich der Rat der Stadt Dortmund und die Bezirksvertretungen, die solche verkaufsoffenen Sonntage genehmigen, künftig einfach an Recht und Gesetz halten“, sagt Thomas Zweier, Ratsherr für die Fraktion Die Linke & Piraten und Mitglied im Ausschuss für Bürgerdienste und öffentliche Ordnung. Der im Grundgesetz garantierte Schutz von Sonn- und Feiertagen dürfe nicht noch weiter aufgeweicht werden, so Zweier. „Uns geht es dabei nicht so sehr um den religiösen Aspekt. Auch für Menschen, die nicht der christlichen Kirche angehören, sollte der Sonntag Tag der Ruhe und Besinnung sein“, so Thomas Zweier. Deshalb sei es sehr zu begrüßen, dass das Verwaltungsgericht Münster jetzt – ebenso wie zuvor das Bundesverwaltungsgericht und das Oberverwaltungsgericht – entschieden habe, dass der Sonntag weitgehend ein Tabu für den Einzelhandel bleiben und der Anlass einer Sonntagsöffnung deutlich größere Besucherströme anziehen müsse als die Sonntagsöffnung selbst. „Das mag beim Weihnachtsmarkt in der City vielleicht zutreffen. Ich bezweifle aber, ob dies bei den verkaufsoffenen Sonntagen in den Stadtteilen immer der Fall ist“, sagt Zweier.

www.dielinke-dortmund.de

Verzögerung durch Schwarz-Grün und die Verwaltungsspitze beenden: Erhaltungssatzungen für Mülheim und andere bedrohte Veedel jetzt! Köln. Die Linke fordert zusammen mit SPD, Piraten und Freien Wählern in einem gemeinsamen Antrag zur Ratssitzung am 17. November 2016, die sozialen Erhaltungssatzungen für Mülheim und das Severinsviertel endlich zu erlassen und für weitere Veedel zu prüfen. Mit diesem Beschluss soll die bislang schleppende Bearbeitung, die seit der

Bildung des schwarz-grünen Bündnisses weiter zurückgefahren wurde, endlich in Gang gebracht werden. Über mehrere Jahre hat die Kölner Linke soziale Erhaltungssatzungen (auch: Milieuschutzsatzung) für Köln gefordert. Mit diesem Instrument können Luxussanierungen, die Zusammenlegung von Wohnungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert werden. Das Severinsviertel und große Bereiche des Stadtteils Mülheim sind als Gebiete identifiziert, für die Soziale Erhaltungssatzungen nötig wären. Inzwischen will die Verwaltung Mülheim fallen lassen. Michael Weisenstein, Fraktionsgeschäftsführer der Linksfraktion im Kölner Rat, „Mülheim ist im Wandel: Mehrere Tausend teure Eigentumswohnungen werden in den nächsten Jahren im Süden von Mülheim gebaut. Investoren und Spekulanten drängen in das Viertel, ziehen die Mietpreise nach oben und verdrängen die angestammte Mieterschaft im ehemaligen Arbeiterviertel. Mülheim braucht jetzt eine Erhaltungssatzung, bevor sich das Zeitfenster schließt!" Das schwarz-grüne Bündnis und die Stadtverwaltung ignorieren das Problem und riskieren damit die Verdrängung von Mietern und Mieterinnen. Angeblich gibt es zu wenig Personal, um die Erhaltungssatzung für Mülheim durchzusetzen. Weisenstein ist fassungslos: „Die Wohnungsnot in Köln wird immer schlimmer. Alle Parteien beteuern immer wieder, wie wichtig es ist, auch für Normalverdiener Wohnungen zu schaffen und zu erhalten. CDU und Grüne haben in der kommenden Ratssitzung die Möglichkeit zu beweisen, dass ihnen der Schutz von Mieterinnen in Mülheim wichtig ist, indem sie dem Antrag der vier Parteien folgen." **www.linksfraktion-koeln.de**

Lärm und Schadstoffe reduzieren: Keine zusätzliche Billigairlines in Frankfurt! Frankfurt a.M. Die Billigairline Ryanair kündigte gestern an ab März 2017 auch den Frankfurter Flughafen anfliegen zu wollen – eine Ankündigung, die weitreichende Folgen für die gesamte Region, aber insbesondere für die Anwohner*innen hat. Mit zusätzlichen Flugverbindungen kommen auch zusätzlicher Lärm und Schadstoffe auf die Anwohner*innen zu. Wenn die irische Billigfluglinie angibt, schon zum Winter 2017/18 „jede Menge" weitere Verbindungen anbieten zu wollen, ist das für die Anwohner*innen ein Schlag ins Gesicht. „Mehr Flugbewegungen bedeuten mehr Lärm und eine größere Schadstoffbelastung. Diese belasten die Gesundheit von Mensch und Natur noch mehr als dies bisher geschieht. Die gesamte Region wird durch mehr Flugverkehr von höheren Schadstoffausstößen und den gravierenden Umweltauswirkungen nachhaltig geschädigt", warnt Pearl Hahn, die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Römer. Zu den von Ryanair angekündigten Flugbewegungen kommen weitere Angebote durch Konkurrenten hinzu: Konkret will der Lufthansa-Konzerns nachziehen, indem die Tochterairline Eurowings zusätzliche Flugbewegungen von und nach Frankfurt anbieten soll. „Die Interessen der Bürger*innen werden durch diese Expansionspolitik übergangen; wirtschaftliches Wachstum wird über die Gesundheit der Anwohner*innen und die Umwelt gestellt. Ganz zu schweigen vom Arbeitsrecht", so Hahn weiter. Die Staatsanwaltschaft Koblenz ermittelt zurzeit gegen Ryanair wegen Verdacht auf Steuerhinterziehung und Hinterziehung von Sozialversicherungsabgaben. Auch wegen Lohndumping steht das Unternehmen immer wieder in der Kritik. „Wenn das die Ergebnisse ‚grüner' Umweltpolitik sind, hat sich die Sinnhaftigkeit dieser Partei erledigt", so Hahn weiter. **www.dielinke-im-roemer.de**

Für mehr Deutschkurse – aber nur mit guten Arbeitsverhältnissen! Wiesbaden. Die Stadt Wiesbaden will mehr Geld für die Sprachqualifizierung von Geflüchteten ausgeben. Doch sozialversicherungspflichtige Stellen sind dabei bisher nicht vorgesehen. „Die Stadt Wiesbaden trägt hier zur Aufweichung der Rechte von Angestellten bei", findet Ingo von Seemen, sozialpolitischer Sprecher der Linke&Piraten Rathausfraktion Wiesbaden. Durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung stellt die Stadt Wiesbaden zusammen mit Land und Bund in den Jahren 2016/17 für die Sprachqualifizierung von Geflüchteten eine halbe Million Euro zur Verfügung. Doch wie werden diese Mittel ausgegeben? Auf Anfrage hin teilte der Magistrat mit, dass mit den Geldern lediglich Honorarstellen geschaffen werden sollen, jedoch keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Ingo von Seemen, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion Linke&Piraten, findet das skandalös: „Wir alle wissen, dass der Bedarf nicht so schnell nachlässt und Sprachkurse jetzt schon auf lange Zeit ausgebucht sind. Trotzdem werden hier keine sozialversicherungspflichtigen Stellen geschaffen. Es ist bekannt, was das für die Beschäftigten bedeutet: Keine soziale Absicherung, keine Zukunftsperspektive, Unsicherheit in der Lebensplanung und die Verhinderung gewerkschaftlicher Organisation…"
www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen

Linke fordert Maßnahmen gegen zunehmende Obdachlosigkeit in Aachen**:** Bis 2018 wird sich die Zahl wohnungsloser Menschen bundesweit auf 536 000 erhöhen, wie die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) kürzlich ermittelt hat. Dies wäre gegenüber 2014 eine Steigerung um ca. 60 Prozent. Auch in Aachen sind die Fallzahlen seit 2014 deutlich anstiegen. Die Fraktion Die Linke beantragt daher, dass Politik und Verwaltung alle Möglichkeiten nutzen sowie Konzepte und Strategien entwickeln, Wohnungslosigkeit zu vermeiden. Als wesentliche Ursachen für die Entwicklung der Obdachlosigkeit werden der Mangel an bezahlbaren Wohnungen und die zunehmende Armut benannt. „Diese Probleme existieren auch in Aachen. Auch in unserer Stadt wird die Zahl der wohnungslosen Menschen erheblich steigen, wenn wir nicht konsequent gegensteuern", führt Fraktionsvorsitzender Leo Deumens aus. Sorge macht der Linken darüber hinaus, dass immer mehr Einwohner*innen vom Verlust ihrer Wohnung unmittelbar bedroht sind. Während es laut BAG W im Jahr 2012 noch 144 000 Haushalte waren, zählte man 2014 bundesweit bereits 172 000 Haushalte; eine Steigerung um 18 Prozent. „Auch in Aachen stehen wir vor dem Scherbenhaufen einer jahrzehntelangen verfehlten Wohnungspolitik", ärgert sich Ellen Begolli, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion und ergänzt: „Die Große Koalition muss endlich mehr für die Erhaltung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums tun". Die Linke hat hierzu in den vergangenen Jahren immer wieder Vorschläge gemacht. Dazu gehören ein höherer Anteil an öffentlich gefördertem Wohnraum, eine Zweckentfremdungsverordnung oder eine Milieuschutzsatzung für den Bereich Suermondplatz/Gasborn. „Leider hat – bis auf die Einrichtung eines Runden Tisches der Akteure auf dem Aachener Wohnungsmarkt – keiner unserer Anträge Unterstützung erfahren", so Begolli weiter. „Wohnungslosigkeit zu vermeiden und gleichzeitig den Menschen, die auf der Straße leben, jede notwendige Hilfe zukommen zu lassen, müssen das erklärte Ziel von Politik und Verwaltung sein", stellt Leo Deumens zusammenfassend fest. Für diese Aufgaben muss die Politik dann aber auch die nötigen finanziellen Mittel bereit stellen. **www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen/**

Pferde- und Bettensteuer könnten mehr als 800 000 Euro für den Stadthaushalt einbringen: Magdeburg. Nachdem der Oberbürgermeister vor Kurzem in zwei Stellungnahmen Anfragen zur Einführung einer Pferde-

Fortsetzung Kommunale Politik

steuer (S0213/16) und einer Bettensteuer (S0214/16) beantwortet hat, stellt sich die Frage, warum die Landeshauptstadt Magdeburg auf die Erzielung möglicher Mehreinnahmen bisher verzichtet. Magdeburg verfügt schon im laufenden Jahr über keinen ausgeglichenen Haushalt, weil Einnahmen in der Stadtkasse fehlen. Den von der Verwaltung dargestellten Aufwand zur Erhebung der neuen kommunalen Steuern darf man als vollkommen überzogen einschätzen, was mit Blick in andere Städte deutlich wird. Die Lutherstadt Wittenberg macht vor, wenn heute im Stadtrat über die Einführung der Bettensteuer entschieden wird. Vor dem Hintergrund der jetzt anstehenden Haushaltsberatungen gilt es die Weichen für eine sachliche und konstruktive Debatte zur Einführung einer Pferde- und einer Bettensteuer im Stadtrat der Landeshauptstadt zu stellen. Mögliche Mehreinnahmen von mehr als 800 000 Euro sollten in Zeiten klammer öffentlicher Kassen ein gutes Argument sein, wenn man zugleich berücksichtigt, dass die Steuersätze keine erdrosselnde Wirkung gegenüber den Pferdehaltern und dem Tourismus entfalten dürfen.

www.dielinke-magdeburg.de

Unabhängige Experten unerwünscht: STUTTGART. Der Stuttgart-21-Ausschuss findet ohne zwei renommierte Expert_innen statt: Die Fraktionsgemeinschaft SÖS Linke PluS hatte Dr. Kathrin Grewolls, Brandschutzsachverständige, öffentlich bestellte und staatlich vereidigte Sachverständige für vorbeugenden Brandschutz (IHK Ulm) als Expertin vorgeschlagen. Diese ausgewiesene fachliche Kompetenz war zuvor von der Verwaltungsspitze zur Vorbedingung für eine Anhörung gemacht worden, jetzt wird Frau Dr. Grewolls vom OB wegen ihrer Fachkompetenz nicht zugelassen, „weil dies den Rahmen sprengen würde“, wie der OB heute ausführte. Auch Dr. Martin Vieregg vom renommierten Verkehrsbüro Vieregg und Rössler, Autor der Kostenstudie zu Weiterbau von S21- und Umstiegskosten, soll in der Sitzung am 15. November nicht zu Wort kommen. „Wir hatten befürchtet, dass unabhängige, fachkundige Expert_innen nicht sprechen dürfen – leider hat sich das jetzt bestätigt“, kritisiert Hannes Rockenbauch, Fraktionsvorsitzender von SÖS Linke PluS. „Das lässt aus unserer Sicht nur eine Schlussfolgerung zu: Wer so vorgeht hat Angst, dass die eigenen Argumente einer fachlichen Kritik nicht standhalten“, schlussfolgert der Co-Fraktionsvorsitzende Thomas Adler.

www.stuttgart.die-linke-bw.de

(Zusammenstellung: *Ulrich Jäckel*)

Kommunale Politik

Arbeitsstandards in Handelsverträgen

Am 6. Dezember werden die Internationale Arbeitsorganisation ILO und die Europäische Kommission im Gebäude des Wirtschafts- und Sozialausschusses eine Konferenz durchführen, die nach den Möglichkeiten der Implementierung von Arbeitsstandards in Internationalen Handelsverträgen fragt und, basierend auf zwei Untersuchungen zu diesem Gegenstand, eine Bestandsaufnahme versucht.[1] Der Titel der Veranstaltung lautet: Arbeitsstandards in Handelsverträgen: Design, Implementierung und Beteiligung der Stakeholder. Der Titel zeigt schön die Momente, die bei der Betrachtung des Gegenstandes ins Spiel kommen (Verträge; Aushandlung der Gegenstände; Implementierung; Beteiligung der Verschiedenen). Vor dem Hintergrund der arbeitsteiligen Weltwirtschaft und der Kritik an Ausbeutungspraktiken (nicht nur) der großen Konzerne, hat sich in den letzten wohl zwanzig Jahren eine Diskussion um Arbeiterrechte und Arbeitsstandards entwickelt, die zu verschiedenen institutionellen Arrangements geführt hat. Dies sind unter anderem Internationale Rahmenvereinbarungen mit Konzernen, Arbeitsstandards in Handelsverträgen, Vereinbarungen von Europäischen Betriebsräten aber auch Klagen vor Gerichten.

Neben der sehr generellen, oft eher gefühlten Kritik, es handele sich hier lediglich um Feigenblätter, hinter denen der Raubbau an Mensch und Umwelt munter weitergehe, greift die (linke) Kritik an der arbeitsteiligen Weltwirtschaft erstens auf Fakten zurück, wie etwa die Unterminierung bestehender ökonomischer Strukturen in Drittweltländern, kritisiert ungleichen Tausch und Ausbeutungspraktiken (nicht nur) in transnationalen Konzernen. Sie liefert zweitens Interpretationen und Schlüsse bezüglich der Funktionsweisen und der nötigen politischen Gestaltung. Der zweite Teil ist häufig schwach, weil er die Widersprüchlichkeit, besser Vielschichtigkeit des oben skizzierten Vorgangs nicht sieht.[2]

Schon ein schneller historischer Blick auf die Funktionen die Handel auch hatte und hat, zeigt deutlich, wie in Phasen der politischen und religiösen Kämpfe und einhergehender Sprachlosigkeit, Handel zu Land und zu Wasser Austausch (Waren und Wissen) und friedliche Kooperation ermöglichten. So zogen sich die christlichen Kaufleute des Mittelalters die Kritik der Kirche aufgrund ihres Handels mit den Ungläubigen auf sich, der immer auch den Kontakt mit einer anderen Kultur und den Import der fremden Kulturgüter im weiteren Sinne bedeutete.[3] Diesen Aspekt der internationalen Arbeitsbeziehungen übersieht die vorgetragene Kritik häufig.

Ein zweiter Aspekt, der in der Kritik verneint wird, sind die Veränderungen in den Aushandlungsprozessen. Tatsächlich hat sich in den letzten Jahrzehnten und wohl vor allem gegründet auf die Existenz und die Arbeit der ILO eine vielschichtige Praxis entwickelt, Beschäftigtenrechte einzufordern, ungleichen Handel oder üble Ausbeutungsformen zu skandalisieren und Instrumente zur Eindämmung zu etablieren. Ohne die einzelnen Instrumente hier glorifizieren zu wollen, muss man doch ihre Existenz und vor allem die politischen Aushandlungsformen, die sich darum herum ge-

Rat billigt Abkommen für den Fischereisektor

Am 13.10.16 billigte der Ministerrat eine Richtlinie, durch die eine Branchenvereinbarung der Europäischen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften des Seefischereisektors (COGECA, ETF, Europêche) rechtswirksam wird, also in eine europäische Richtlinie umgewandelt wird. Damit wird inhaltlich das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über die Arbeit im Fischereisektor von 2007 in der EU konkretisiert und praktisch angewandt. Die Vereinbarung wird potentiell bessere Arbeitsbedingungen für Fischer auf europäischen Schiffen gewährleisten. Die materiellen Bestimmungen der Richtlinie gelten auch außerhalb der Unionsgewässer. Die Richtlinie enthält Mindestanforderungen hinsichtlich Arbeits- und Ruhezeiten für Seefischer, Dienstbedingungen, Arbeitssicherheit, Schutz bei Berufskrankheiten, Verfahren bei Unfällen oder Todesfällen, medizinische Versorgung an Bord, Bezahlung der Fischer sowie Unterkunft und Verpflegung. Dies ist in diesem Jahr die zweite gesetzgeberische Initiative auf EU-Ebene (im Mai hat die Kommission einen Liste von 13 chemischen Stoffen/Grenzwerten für eine Revision der Richtlinie zu krebserregenden und mutagenen Arbeitsstoffen vorgelegt), die den europäischen Rechtsrahmen im Bereich des Arbeitsschutzes aus-

Dokumentiert: ILO Kernarbeitsnormen

Die Grundprinzipien der ILO

Vier Grundprinzipien bestimmen Selbstverständnis und Handeln der ILO:

– *Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen*
– *Beseitigung der Zwangsarbeit*
– *Abschaffung der Kinderarbeit*
– *Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf*

Diese Grundprinzipien haben in acht Übereinkommen (Ü), die auch als Kernarbeitsnormen bezeichnet werden, ihre konkrete Ausgestaltung erfahren:

• Ü 87 – *Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechtes,* 1948
• Ü 98 – *Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949*
• Ü 29 – *Zwangsarbeit, 1930 und Protokoll von 2014 zum Übereinkommen zur Zwangsarbeit,* 1930
Ü 105 – *Abschaffung der Zwangsarbeit, 1957*
Ü 100 – *Gleichheit des Entgelts, 1951*
Ü 111 – *Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958*
Ü 138 – *Mindestalter, 1973*
Ü 182 – *Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999*

Die vier Grundprinzipien beschränken sich allerdings nicht auf die acht Kernarbeitnormen; als tragende Orientierungs- und Handlungsmaximen der ILO durchziehen sie eine Vielzahl anderer Übereinkommen und Empfehlungen.

Die ILO-Erklärung über grundlegende Rechte bei der Arbeit (1998)

Die ILO-Kernarbeitsnormen haben im Juni 1998 eine besondere politische Aufwertung erfahren, als die „Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“ auf der 86. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz ohne Gegenstimme angenommen wurde. Damit bekennen sich alle Mitgliedstaaten der Organisation ausdrücklich zu den Kernarbeitsnormen. Die Erklärung beginnt mit einer eindeutigen Positionsbestimmung. Sie betont (...)

„dass die Gründung der ILO in der Überzeugung erfolgte, dass soziale Gerechtigkeit eine wesentliche Voraussetzung für einen dauerhaften Weltfrieden ist; dass wirtschaftliches Wachstum wesentlich ist, aber nicht ausreicht, um Gerechtigkeit, sozialen Fortschritt und die Beseitigung von Armut zu gewährleisten; dass die ILO dafür sorgen muss, dass im Rahmen einer globalen Strategie für wirtschaftliche und soziale Entwicklung sich die Wirtschafts- und Sozialpolitiken gegenseitig verstärken, damit eine breit angelegte dauerhafte Entwicklung geschaffen wird.“

(...)

Der Erfolg blieb nicht aus. Bislang haben über 138 ILO-Mitgliedsstaaten alle Kernübereinkommen ratifiziert. Zu ihnen gehört auch Deutschland.

Bei dem 1999 verabschiedeten Übereinkommen zur Kinderarbeit (Ü 182), das den Kernübereinkommen zugerechnet wird, ist die Intensität des Ratifizierungsgeschehens in der Geschichte der ILO ohne Beispiel. Bisher haben mehr als 179 Mitgliedsstaaten dieses Übereinkommen ratifiziert.

Kein Instrument des Protektionismus

Die Erklärung ist als Appell an die Mitgliedstaaten der ILO und an die Organisation selbst zu verstehen. Sie will ermutigen, fördern, Handlungsimpulse geben. Sanktionsmöglichkeiten können aus ihr nicht abgeleitet werden. In der Erklärung wird vielmehr hervorgehoben, dass die Normen der ILO, die Erklärung selbst und ihre Folgemaßnahmen nicht für handelsprotektionistische Zwecke verwendet werden dürfen. Diese eindeutige Feststellung war eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass die feierliche Erklärung ohne Gegenstimme angenommen wurde ...

http://www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen/lang--de/index.htm

bildet haben wahrnehmen. In diesem Zusammenhang ist auch einer der von der ILO vorgelegten Berichte von Interesse.[4] Hier sollen kurz einige Aussagen der Untersuchung der ILO vorgestellt werden.

Der Bericht wertet 260 Handelsverträge zwischen 102 Ländern aus, von denen 71 Labour Standards beinhalten. Zusätzlich wurden Fallstudien durchgeführt und wissenschaftliche Literatur zum Gegenstand ausgewertet. In der Publikation werden das Design der Verträge, die Art und Weise ihrer Umsetzung, Könfliktlösungsmechanismen und Wirkungen vorgestellt. Der Bericht zielt auf ein besseres Verständnis darüber, ob Arbeitsstandards wirklich dazu führen, gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten, die Kooperation im Betrieb zu fördern und tatsächlich eine Beteiligung der Sozialpartner und der Öffentlichkeit bewirken.

Die Autoren halten fest, dass heute ein Viertel des Handels, der im Rahmen

baut. Die vielfach geäusserte Meinung, das REFIT-Programm der europäischen Kommission zur Rechtsvereinfachung (Deregulierung) führe zu einem Abbau des europäischen Arbeitsschutzniveaus und lasse keine neuen Rechtsinitiativen mehr zu, erweist sich als Fehleinschätzung. Zwar weigert sich die Europäische Kommission weiterhin eine europäische Sozialpartnervereinbarung für den Friseursektor (Hautschutz) in eine europäische Richtlinie umzuwandeln, aber die beiden jetzt gestarteten Rechtsetzungsprozesse zeigen, dass in Bereichen, in denen die öffentliche Meinung auf Änderungen drängt und starke Aufmerksamkeit herrscht, positive Änderungen doch möglich sind.

von bilateralen und multilateralen Handelverträgen stattfindet, unter Verträge fällt, die Arbeitsstandards beinhalten. Mehr als die Hälfte der Verträge mit Arbeitsstandards sind nach 2008 in Kraft getreten. Bis Mitte der 90er Jahre waren diese Bestimmungen praktisch nicht existent. 72% der Vereinbarungen zu Arbeitsstandards beziehen sich auf die ILO-Instrumente. Die meisten beinhalten rechtlich verbindliche Verpflichtungen zu fundamentalen Rechten am Arbeitsplatz, Arbeitsbedingungen und Mechanismen zur Konfliktregulierung.

Zwar sehen die Autoren Belege dafür, dass internationaler Handel Ungleichheiten auch verstärken kann, sie halten aber fest, dass Arbeitsstandards in Handelsverträgen tatsächlich eine Möglichkeit darstellen, Wachstum zu steigern, Kosten zu reduzieren und Ungleichheiten zu minimieren. Auf jeden Fall würden die Arbeitsstandards zu keiner Verschiebung oder Minimierung von Handelsströmen führen. Die Implementierung und die echten Wirkungen der Vereinbarungen seien nicht einfach einzuschätzen. Gleichwohl werden Beispiele dargestellt, welche Wirkung die Implementierung der Vereinbarungen in einzelnen Ländern hatte.

Der Bericht hält zum Beispiel fest, dass eine Vereinbarung zwischen Kambodscha und den USA in der Textilindustrie wesentlich auf der betrieblichen Ebene wirkte. Genannt werden eine Erhöhung der Löhne, die Reduzierung der Einkommensungleichheit zwischen den Geschlechtern und eine Stärkung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit. In der Dominikanischen Republik führte ein Abkommen zur Stärkung der Institutionen, die die Durchsetzung bestehender Rechte in der Praxis gewährleisten sollen – Ausbildung für Gewerkschafter und Arbeitsinspektoren; Kapazitätsaufbau in den zuständigen Ministerien; Ratifizierung verschiedener ILO Abkommen.

Als entscheidend für eine wirksame Implementierung sehen es die Autoren an, die verschiedenen Beteiligten aktiv zu beteiligen, vor allem Arbeitgeber(verbände) und Gewerkschaften. Interessant sind hier die unterschiedlichen Konzepte der USA und der EU. Währen die USA auf beratende Ausschüsse auf freiwilliger Basis setzt, fokussiert die EU auf verbindliche Beratungsausschüsse und ebenfalls die Verpflichtung, institutionelle Mechanismen einzurichten, einschließlich der Beratung mit der Zivilgesellschaft. Festgehalten wird in diesem Zusammenhang aber auch eine weitgehende Nichtnutzung der Konfliktregulierungsmechanismen. Gleichwohl, die doch schnelle Verbreitung des Instruments Aufnahme von Arbeitsstandards in Handelsverträge und die damit einhergehende Anerkennung des Gegenstandes sowie die Bezüge zu den ILO Konventionen bilden eine Basis für weltweite Mindestnormen für die Arbeitsbedingungen. Die aktuellen kritischen Debatten um internationalen Handel und Handelsverträge könnten dies durchaus positiv aufnehmen. *Rolf Gehring,* Brüssel

1 http://www.ilo.org/brussels/meetings-and-events/WCMS_534288/lang--en/index.htm
2 Ein häufig zitierter Ansatz, der Gesellschaft als einen polarisierten Zustand beschreibt, ist die Analyse des englischen Soziologen Colin Crouch, der eine tendenzielle Entdemokratisierung durch den Durchgriff der großen Konzerne und ihrer Lobbyapparte auf die gesellschaftlichen Subsysteme, insbesondere die Politik diagnostiziert. Buchtitel: Postdemokratie; Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus: Postdemokratie II)
3 Jaques Le Goff: Kaufleute und Bankiers im Mittelalter; Wagenbach 2005
4 http://www.ilo.org/global/publications/books/WCMS_498944/lang--de/index.htm – Englisch

Wirtschaftspresse

VDMA: EU braucht strukturelle Reformen in der Handelspolitik. Pressemitteilung VDMA, *Die., 25.10.16* – Das vorläufige Scheitern von CETA alarmiert die europäische Industrie. Mit großer Sorge sieht der Maschinenbau, dass die Blockade einzelner Mitgliedsstaaten Europa praktisch „handelsunfähig“ macht. T. Brodtmann, VDMA-Hauptgeschäftsführer, fordert strukturelle Reformen der EU: „Die EU ist zu keiner gemeinsamen Handelspolitik mehr fähig, wenn sämtliche Entscheidungen einstimmig getroffen werden müssen ... Es entspricht nicht unserer Vorstellung von Demokratie, dass eine kleine Region den Freihandel für alle 28 Mitgliedsstaaten ausbremsen kann. Wir müssen die Entscheidungsfindung in Europa so reformieren, dass zwar jeder gefragt wird, am Ende aber eine Mehrheit entscheidet.“

Hessische Unternehmerverbände setzen auf Kontinuität amerikanischer Administration. Pressemitteilung des VhU, *Mi., 9.11.16.* – ... Wenn die Sorge vor einer im Wahlkampf angekündigten Abschottung der US-Wirtschaft nicht zerstreut wird, wird das beiden Volkswirtschaften schaden. Von der Sicherheitspartnerschaft gar nicht zu reden“, kommentierte V. Fasbender, Hauptgeschäftsführer der VhU. Zwar werde ... TTIP wohl in der bisherigen Form nicht mehr kommen. „Immer aber prägt ein Amt den Menschen, der es ausübt. Und ein amerikanischer Präsident braucht Tausende von Fachleuten zur Bewältigung der unterschiedlichen Politikfelder. Wenn eine amerikanische Regierung dann nüchtern und gut beraten von den Fachleuten ... über den Freihandel mit Europa nachdenkt, müsste sie dessen Vorteile für die Exportnation USA sehen. Und sie müsste auch die Sicherheitsarchitektur des Verteidigungsbündnisses Nato schätzen – in Zeiten von sich profilierenden Militärmächten wie Russland und China, die jeden Rückzug der USA für geostrategische Machtzuwächse nutzen werden“.

Gebäudereinigungsfirma erhält Intergrationspreis 2016. Pressemitteilung BundesInnungsverband des Gebäudereinigungshandwerks (BIV), Do.,10.11.16.- Für seine hervorragenden Integrationsleistungen wurde das Berliner Unternehmen Gegenbauer mit dem 1. Integrationspreis des BIV ausgezeichnet. ... Oberste Priorität hat hier die Unterstützung von Flüchtlingen bei der Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft. Seit 2015 konnten mehr als 30 Menschen erfolgreich in Praktikum, Ausbildung oder Beschäftigung gebracht werden. „Fußball grenzenlos“... gemeinsam mit dem Berliner Fußballverband (hat) v.a. die gesellschaftliche Integration zum Ziel. Mit der Organisation von Sprachkursen ... soll die stärkste Barriere dafür überwunden werden. ... Von ca. 620 000 Beschäftigten im Gebäudereiniger-Handwerk haben knapp 25 Prozent Migrationshintergrund. Das sind rund 150 000 Mitarbeiter aus über 100 Nationen. BIV-Geschäftsführer J. Bungart. „Wichtig ist uns, dass der tarifliche und gesetzliche Mindestlohn nicht in Frage gestellt werden und keine neuen 1-Euro-Jobs, die zur Verdrängung bestehender Arbeitsverhältnisse führen, entstehen.“
Zusammenstellung: *Rosemarie Steffens*

NRW: Linke verabschiedet Entwurf zum Landtagswahlprogramm

Am 5. und 6. November verhandelten die Delegierten des Landesparteitages Die Linke. NRW den Entwurf des Landtagswahlprogramms und beschlossen am Ende das Programm mit deutlicher Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und deutlich mehr Enthaltungen. Vorausgegangen war eine zermürbende zweitägige Debatte über insgesamt 400 Änderungs- und Erweiterungsanträge, eine allgemeine politische Debatte fand nicht statt. So musste sich die Erörterung der politischen und sozialen Situation im Land mit wenigen Ausnahmen auf die einminütigen Pro- und Gegenreden beschränken.

Foto: Wolfgang Freye

Die Linke ist in den großen Städten mit Fraktionen in den Stadträten vertreten, zum Teil in der vierten Wahlperiode. Die Fraktionen arbeiten im Großen und Ganzen gut und haben eine gewisse Anerkennung in ihren Städten. Auf dem Land sieht es schwieriger aus. Dennoch sind die ländlichen Regionen nicht einfach vernachlässigbar – immerhin leben ca. 7 Millionen der 17,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner des Bundeslandes dort. Auch das sind Wählerinnen und Wähler, die die Linke erreichen muss, will sie den Einzug in den Landtag schaffen. Bei den Umfragen zu Landtagswahl erreicht sie seit Juni 2015 stets zwischen fünf und sieben Prozent. Der Einzug ist also möglich, aber nicht einfach sicher.

CDU und SPD liegen zurzeit bei den Umfragen mit jeweils 32% eng beieinander, die Grünen liegen bei 12%, die FDP bei 7% und die AfD bei 9%. Eine Landesregierung, die sich auf eine Zweiparteien-Koalition stützt, ist also kaum möglich – es sei denn, es wird eine große Koalition. Die Linke möchte zwar in den Landtag, der Parteitag machte jedoch deutlich, dass sie Opposition bleiben will – bei taktischen Überlegungen der Wählerinnen und Wähler wird sie dann also keine Rolle spielen.

Deutlich wird das nicht zuletzt in einem Vorwort für das Programm, das der Parteitag auf Antrag der Antikapitalistischen Linken mit vielen Stimmen des Landesvorstandes gegen den Entwurf des Landesvorstandes selbst beschlossen hat. Es trägt den Titel „Aufbruch zu einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ und endet mit folgender Feststellung endet: „Wir hören es jetzt schon: Die bürgerlichen Parteien werden uns vorwerfen, wir wären Dinosaurier der Planwirtschaft und altbackene Sozialist*innen. Es soll uns ein Ehrentitel sein. Wir wissen besser als alle anderen, was am Sozialismus der Vergangenheit schief gelaufen ist und wie es zu ändern ist. Unser Ziel heißt soziale Gerechtigkeit, umfassende Demokratie, Schutz des Klimas und der Umwelt für unsere Kinder und Enkel und friedliche Politik auf dem gesamten Erdball. Um dorthin zu gelangen, dürfen die bestehenden Wirtschafts- und Besitzverhältnisse nicht so bleiben wie sie sind. Deshalb tritt Die Linke NRW für einen Aufbruch zu einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts ein.“

Es ist unklar, ob dem Autor dieser Zeilen bewusst war, dass Dinosaurier zwar lange auf der Erde lebten, dann aber in sehr kurzer Zeit ausgestorben sind.

Das Programm endet mit „Haltelinien“ gegen den Eintritt in eine Regierungskoalition und erledigt nach einer kontroversen, durch Geschäftsordnungsantrag durchgesetzten „begrenzten Debatte“, kurz vor Schluss auch noch Europa:

„Die Linke ist daher bereit, den Euro als Gemeinschaftswährung in Frage zu stellen ... Der Brexit ist nur ein erstes Erdbeben, dessen Ursache eine EU und ein Währungsraum sind, die immer offensichtlicher Europa spalten, statt zu einen.“

Mit diesen Aussagen wird es schwer, neue Wählerinnen und Wähler zu erreichen oder zurück zu gewinnen. Das Programm ist eher geeignet, die festen Anhängerinnen und Anhänger zu bestärken. Darauf kommt es aber bei der Landtagswahl 2017 nicht an. Die Linke hatte bei der Landtagswahl 2012, bei der sie gerade einmal 2,49 % erhielt, nach Wählerwanderungsanalysen rund 90 000 Wählerinnen und Wähler an die SPD verloren und ca. 80 000 an die Piraten. Mit diesen programmatischen Festlegungen wird sie beide nicht zurückgewinnen können.

*Ulrike Detjen, K*öln

www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/LTW17/Programm/WAHLPROGRAMM_fertig.pdf

(pb.red) Ralf Michalowsky (Sprecher der LAG), freut sich, dass die Anträge der LAG Laizismus durchgängig vom Parteitag zu Bestandteilen des Landtagswahlprogramms gemacht wurden: „Dafür danken wir allen Delegierten, die sich nicht kirre machen lassen von Leuten, die behaupten, dass unsere Beschlüsse ihr religiöses Empfinden berühren würden.“ Dieses sichere Urteilen über die Empfindungen anderer Leute ist nicht klug. Wir sind dafür, die angemessene verfassungsrechtliche Positionierung von Relgions- und Bekenntnisgemeinschaften im Diskurs mit den Betroffenen zu entwickeln, dokumentieren zur Kenntnisnahme den *Offenen Brief linker ChristInnen* und können für die nächste Ausgabe einem Beitrag von Karl-Helmut Lechner ankündigen.

Dokumentiert: Offener Brief an die Linkspartei NRW:

Ein Gespenst geht um in der Linkspartei – das Gespenst des Laizismus …

Im Entwurf zum Landtagswahlprogramm NRW 2017 der Linkspartei, vorgelegt vom Landesvorstand als Antrag zum Landesparteitag heißt es, ähnlich wie schon im Antrag des Landesverbandes Sachsen an den Bundesparteitag in Magdeburg 2016:

„7. Laizismus: Staat und Religion konsequent trennen. Wir verteidigen das Recht aller Menschen auf Freiheit des Bekenntnisses zu Weltanschauungen oder Religionen. Wir treten ein für den Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten. Das erfordert für uns die institutionelle Trennung von Staat und Glaubensgemeinschaften.“

Als linke ChristInnen, die entweder Mitglieder der Linkspartei sind, ihr nahestehen und/ oder an den unterschiedlichsten Punkten mit ihr zusammenarbeiten, sind wir von dieser laizistischen Position des Landesvorstandes zutiefst erstaunt und sehen unsere unterschiedlichsten Verbindungen zur Linkspartei

in Frage gestellt. Wir wünschten uns, dass diese Position überdacht wird und möchten dazu folgende Punkte zu bedenken geben:

Natürlich steht es einer linken, zukunftsorientierten Partei gut an, „für den Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten“ einzutreten und deshalb jede emanzipative Weltanschauung zuzulassen. Daraus aber abzuleiten, dass man für eine konsequente Trennung von Staat und Glaubensgemeinschaften einzutreten habe, ist weder emanzipatorisch noch links. Zu glauben, der Staat könne die „Schutzmacht“ unterschiedlicher Weltanschauungen sein, ist absurd. Einer solchen Forderung liegt ein bürgerlich-kapitalistisches Verständnis von Staat zugrunde, über das man bei einer linken Partei nur den Kopf schütteln kann: Wo war dieser Staat je bereit, eine weltanschauliche Neutralität anzunehmen? Hat diese Partei jede Form von linker Staatskritik vergessen? Die Kommunistenverfolgungen, die Berufsverbote, die bis heute andauernde Repression gegen Linke? Und von diesem Staat erwartet man eine fortschrittliche Rolle in der Organisation von unterschiedlichen Weltanschauungen und Religionen?

Der schwarz-grüne Stadtrat z.B. in Münster wird sich freuen, in der Linkspartei einen neuen Bündnispartner bei der Abschaffung von kirchlichen Feiertagen gefunden zu haben, bei der Abschaffung von arbeitsfreien Tagen zugunsten der Ausweitung der Verwertungsmaschine. Da kämpfen nämlich gerade Linke, Gewerkschaften, Katholische Arbeitnehmerbewegung und evangelische Kirchen gemeinsam gegen die Abschaffung arbeitsfreier Sonntage. Auch die AfD wird sich freuen, dass sie in der Linkspartei einen Bündnispartner hat, der für die Abschaffung theologischer Fakultäten eintritt. Denn damit fordert Die Linke auch die Schließung des auf Aufklärung bedachten Islamlehrstuhls mit Mouhanad Khorchide am Centrum für Religiöse Studien an der Uni Münster.

Wir misstrauen dem Laizismus zutiefst, der sich als Akzeptanz religiöser und weltanschaulicher Pluralität verkauft. Im Grunde „glaubt“ er doch an die Überlegenheit der aufklärerischen Vernunft, im Grunde ist doch für den Laizismus jede Religion Aberglaube und Fetischismus. Aber denkt bitte einmal darüber nach, welche Katastrophen Eure Vernunft in der Geschichte angerichtet hat: Oder wollt Ihr Rassismus, Kolonialismus, Imperialismus, gar Faschismus und den Holocaust nur den Religionen anhängen? Frankreich zeigt doch in hervorragender Weise, wie ein Laizismus nicht zur Befriedung, sondern im Gegenteil zur Konfrontation zwischen der „Religion der Vernunft“ und der „Religion des Islam“ beiträgt. Wir wollen weiß Gott den Religionen keine friedensstiftende Natur unterstellen. Aber es ist doch absurd, die Probleme einer „normativ entkernten Moderne“, wie Jürgen Habermas sagt, mit dem Prinzip „Laizität“ lösen zu wollen. Dazu bedarf es einer ernsthafteren Auseinandersetzung der unterschiedlichen Religionen – und Weltanschauungen (und dazu gehört auch der Laizismus), ein Streit darum, welche Traditionen und Glaubensinterpretationen etwas zur Lösung der Weltprobleme beitragen können. Aber bitte nicht unter der Schiedsrichterschaft eines laizistisch-bürgerlichen Staates – dieser „Schutzmacht“ werden wir uns nicht unterstellen!

Liebe GenossInnen, Glaube ist keine Privatsache: weder unserer, noch Euer Glauben an die Laizität. Und deshalb werden wir darauf bestehen, dass die unterschiedlichen Glaubens- und Weltanschauungen ihren Platz in der Öffentlichkeit haben. Wie wollt ihr eigentlich mehr werden, wenn Ihr alle unter Aufsicht stellen wollt, die sich nicht zu Eurer Laizität „bekennen“? Glaubt die Partei Die Linke in NRW denn, dass all diejenigen, die aus religiöser Motivation heraus in der Geflüchtetenarbeit aktiv sind, diejenigen, die als ReligionslehrerInnen gegen den neoliberalen Kompetenzwahn in den Lehrplänen ankämpfen, die an den Universitäten Religions- und Kapitalismuskritik zusammendenken, mit Eurem abstrakten und idealistischen – und darum überhaupt nicht linken – Verständnis von Gesellschaft und Staat etwas anfangen können?

Und noch ein Satz zum Schluss: Dieser eurozentrische Laizismus hat auch etwas tragisch-komisches. Die Partei sollte sich mal etwas in der Welt umschauen, in Rojava z.B. oder in Bolivien. Da kann man lernen, wie man mit der Pluralität von Religionen und Weltanschauungen möglicherweise umgehen kann, um sich einer besseren Welt zu nähern.

mit solidarischen Grüßen Peter Bürger, kath. Theologe, Publizist, Düsseldorf, Hartmut Dreier, ev. Pastor i.R., interkultureller Gemeinwesenarbeiter, Marl im Ruhrgebiet, Mitherausgeber der Zeitschrift AMOS-Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, artin Guntermann-Bald, Brilon, Dr. Andreas Hellgermann, Religionslehrer, Alexandra Hippchen, Pastorin, Barbara Imholz, Religionslehrerin, Jürgen Klute, Pfarrer i.R., Mitherausgeber der Zeitschrift AMOS-Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet und ehemaliger MdEP, Herne, Friedhelm Meyer, Pfarrer i.R. Düsseldorf (Mitglied im Leitungsteam der Solidarischen Kirche im Rheinland), ErhardNierstenhöfer, Pfarrer i.R., Herne, Dr. Michael Ramminger, Institut für Theologie und Politik Münster,Prof. Dr. Franz Segbers, Sozialethiker, Sprecher LAG Linke Christinnen und Christen in Hessen, Rachel Seifert, Pastorin, Walter Wendt-Kleinberg, Dipl. Sozialwissenschaftler, Publizist und wiss. Referent im Institut für Kirche und Gesellschaft, Schwerte

Schleswig-Holstein

Landesverfassung bleibt ohne Gottesbezug

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist er verankert, ebenso in neun Landesverfassungen: der Gottesbezug. So steht in der Präambel des Grundgesetzes: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott …“ In sieben Bundesländern kommt die Verfassung ohne Gott aus.

Kiel. Im Oktober 2014 fand im Rahmen der Verfassungsänderung der Gottesbezug nicht die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Daraufhin bildete sich eine Volksinitiative „Für Gott in Schleswig-Holstein“, die eine erneute Befassung des Landtages mit dem Thema des Gottesbezugs auf den Weg bringen wollte. Dafür sammelte sie im vergangenen Jahr mehr als 42 000 Unterschriften.

Zu den Initiatoren gehörten neben den beiden ehemaligen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen und Björn Engholm auch Leute aus Wirtschaft, Sport, Kultur und Wissenschaft. Außerdem natürlich die beiden christlichen Kirchen und sogar die islamische Religionsgemeinschaft Schura und die Jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein. Die CDU war erstaunlicherweise nicht besonders aktiv, hingegen stellten sich an die Spitze der Befürworter der Ministerpräsident Albig und der Fraktionsvorsitzende Stegner von der SPD, sowie die Grünen. Insgesamt gingen die Positionen für oder gegen den Gottesbezug quer durch alle Fraktionen.

Parallel dazu gab es übrigens auch eine Unterschriftenaktion „Keinen Gottesbezug!“ Damit sollte gezeigt werden, wie viele Menschen in Schleswig-Holstein sich gegen einen Gottesbezug aussprächen. Am Ende waren es aber nur 1.366, die sich für dieses Thema interessierten.

Im Juli dieses Jahres fiel nun auch der neue Antrag für einen Gottesbezug in der Landesverfassung Schleswig-Holsteins durch.

Daraufhin erklärte die Volksinitiative, daß sie nach dieser erneuten Ablehnung im Landtag die juristische Möglichkeit eines Volksentscheides nicht anstreben würde, um erneut zu versuchen, den Landtagsbeschluß zu kippen. „Wir akzeptieren diese Entscheidung der Abgeordneten und wollen jetzt keine weiteren Schritte einleiten“, sagte Peter Harry Carstensen Ende September. Dies gelte „nicht zuletzt, weil die Gefahr besteht, daß dieses wichtige Thema in einem der bevorstehenden Wahlkämpfe zerrieben wird“.

Diese Karikatur über Ministerpräsident Albig (SPD) und den ehemaligem Ministerpräsidenten Carstensen (CDU) lieferte die Initiative „Keinen Gottesbezug in Schleswig-Holstein!"

Das Für und Wider in Parlamentsdebatte und Presse

Dr. Andreas Tietze begründete für die Grünen im Landtag und zugleich als Präses der Landessynode der Nordkirche den Antrag für einen Gottesbezug in der Landesverfassung wie folgt: Der „Gottesbezug ... ist ... eine ... Demutsformel. Ohne die verfassunggebende Gewalt des Volkes in Frage zu stellen, offenbart sie die Erkenntnis von der Endlichkeit und der Fehlbarkeit des Staates ..."

Von dem Grünen Burkhard Peters kam die deutlichste Gegenmeinung, die wir hier etwas ausführlicher zitieren: „Von Befürwortern des Gottesbezugs wurde verschiedentlich vorgetragen, wir brauchten eine Demutsformel oder Verantwortungsformel gegen menschliche Hybris und wertvergessenen Nihilismus. Die Gottesformel soll wie ein Schutzschild wirken gegen totalitäre Ideologien. Gleichsam wie ein in die Verfassung gestelltes Amulett zur Abwehr böser Geister. Zum Beispiel die des Faschismus oder des Kommunismus."

Zu oft sei der Name Gottes von den schlimmsten Bösewichtern der Geschichte mißbraucht worden. Das zeige das Verhalten vieler lutherischer Protestanten im Vorfeld der nationalsozialistischen Machteroberung 1933. So hätte sich beispielsweise 1932 die lutherische Kirchenpartei „Deutsche Christen" (DC) gegründet und einen Riesenzulauf bekommen. Etwa ein Drittel aller lutherischen Pastoren seien Mitglied geworden. „Fußend auf den antisemitischen Schriften Luthers propagierte die DC einen christlichen Glauben, der sich von seinen alttestamentarischen ‚jüdischen' Wurzeln lösen sollte. Hitler wurde zu einem neuen ‚nordischen Heiland' verklärt", so Peters weiter. „Diese Strömung war innerhalb der norddeutschen Lutherkirche keine versprengte Sekte. Sie dominierte in der Phase der Machteroberung der NSDAP 1932 bis 1933 die innerkirchliche Positionierung zum deutschen Faschismus ... Dominierend waren die Gläubigen und Pfarrer, die Hitler schafsfromm bis in den Untergang folgten."

Aiman Mazyek vom Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) begrüßte hingegen die vorgesehene Änderung der Präambel der Landesverfassung: „Als Muslime ist für uns ebenso wie für andere religiöse Menschen der Bezug auf Gott als handlungsleitend für die Verantwortungsübernahme in Staat und Gesellschaft zentral. Da wir an Gott glauben, glauben wir auch, für unsere Handlungen in Politik und Gesetzgebung ebenso wie im privaten Alltag uns stets vor Gott verantworten zu müssen."

Kritisch äußerte sich der Landesrabbiner a.D., Dr. Walter Rothschild: „Für mich als liberaler Rabbiner in Europa ist eine Trennung von Staat und Religion, Kirche, Glauben sehr wichtig. Zu oft haben wir in der Geschichte gesehen, wie Religion mißbraucht werden kann, um alles zu rechtfertigen – sei es pro oder contra Todesstrafe oder Krieg oder Abtreibung oder Ausgrenzung von Minderheiten. Man kann Religion benutzen für Toleranz oder für Intoleranz.(...) Ich glaube an Gott, nicht aber an den Menschen – ich bin dafür, daß Menschen an Gott denken, aber nicht, daß sie versuchen, für Gott zu sprechen."

Nach wie vor bleibt nun die Landesverfassung im nördlichsten Bundesland bei der säkularen Präambel: „Der Landtag hat in Vertretung der schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger auf der Grundlage der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als Fundament jeder menschlichen Gemeinschaft ..." *Karl-Helmut Lechner, N*orderstedt

Projekt Wegemarken – Sachstand November 2016-11-07

Aktuelles Kalenderblatt: Das in diesen Politischen Berichten veröffentlichte sechste Kalenderblatt beschreibt den Weg zur Gleichbehandlung von homosexuellen Paaren in Griechenland, die mit der Verabschiedung des Gesetzes von 2015 einen Eckstein für ihre Rechte setzen konnten. Das Blatt zeigt die starken Spannungen in der griechischen Gesellschaft, in der zwar in der Antike die Knabenliebe verbreitet war, die aber auch bis heute in Teilen eine starke Schwulenfeindlichkeit aufweist.

Projektentwicklung: Der Autorenkreis hat sich erweitert und in Zukunft wollen wir bezüglich der Entwicklung, Planungen und Projektierung alle Beteiligten anschreiben. Wir wollen vor allem möglichst schnell weitere Zeitleisten in das Online Archiv einstellen, als Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit dem jeweiligen Land und für die Auswahl von Wegemarken.

Es zeigt sich, dass die Kalenderblätter sich als (Unterrichts-)material eignen, einen Einstieg in den Gegenstand bieten und zu weiterer Arbeit, Recherche und Vertiefung einladen. Sie sind im Online Archiv unter www.linkekritik.de als PDF Dateien herunterzuladen.

Arbeitsplattform: Eine erste Zeitleiste ist für Finnland eingestellt, weitere Länder sollen in Kürze folgen. Der Umfang und die Ausführlichkeit der Zeitleisten variiert durchaus. Eine Weiterarbeit an den eingestellten Zeitleisten ist daher durchaus gewünscht und Interessenten für einzelne Länder können sich unter wegemarken@linkekritik.de an die Redaktion wenden.

Nächstes Kalenderblatt: Im nächsten Kalenderblatt wollen wir die Verabschiedung der Europäischen Rahmenrichtlinie zum betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz im Jahre 1989 als Wegemarke für eine veränderte Sicht auf die Arbeitsbedingungen beschreiben. Vor dem Hintergrund manifester Kritik an gesundheitszerstörenden Arbeitsbedingungen (vor allem) in der Industrie setzt die Richtlinie Maßstäbe für die betriebliche Arbeitsschutzorganisation und die Beteiligung der Beschäftigten, und führt in Folge zur Bildung diverser Einrichtungen und Institutionen, die bis heute bestehen und durchaus Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung und die Rechtsfortbildung haben.

Rolf Gehring, Brüssel

22. DEZEMBER 2015
2015
GRIECHENLAND

Gesetz erlaubt gleichgeschlechtlichen Paaren zivilrechtliche Lebensgemeinschaft

LGBT Rechte in Griechenland

Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transsexuelle (LGBT) in Südosteuropa sahen sich in den letzten Jahren massiver Unterdrückung ausgesetzt. In der Tat gibt es in vielen Ländern der Region Diskriminierung. Das ist auch in Griechenland der Fall, wo LGBT-Paare erst 2015 das Recht auf eine zivilrechtlich anerkannte Lebensgemeinschaft erhielten. Immerhin ist gleichgeschlechtlicher Sex sowohl für Männer als auch Frauen schon 1951 entkriminalisiert worden. Erst ein Jahr später erhielten Frauen das allgemeine Wahlrecht und das Recht, als Kandidatin an Wahlen teilzunehmen. Dies geschah in der Zeit, in der das Land Nato-Mitglied wurde und die dem blutigen Bürgerkrieg von 1946 bis 1949 folgte, der das Land auf Jahrzehnte hin spaltete und dazu führte, dass viele Menschen ins Exil gezwungen wurden, verfolgt wurden und antikommunistischen Aktionen ausgesetzt waren. Es lässt sich also feststellen, dass die Linke und insbesondere Progressive, Demokraten und die LGBT-Gemeinde in den Jahren 1949 bis 1967 massiv unterdrückt wurden, was sich unter der siebenjährigen Militärdiktatur, die 1974 endete, noch verschlimmerte.

Die Republik wurde 1974 wiederhergestellt, und sieben Jahre später trat das Land offiziell der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei und wählte zehn Monate später die erste sozialdemokratische Regierung unter Pasok. Im drauffolgenden Jahr 1982 wurde die zivilrechtliche Ehe als Alternative zur kirchlichen Ehe eingeführt. Zwar widersetzte sich die Kirche dieser Neuerung, nichtsdestotrotz entschieden sich mehr und mehr Menschen für die zivilrechtliche Ehe statt der religiösen Trauung. Bis 2000 gab es viele Diskussionen um die Einführung einer zivilrechtlichen Partnerschaft, um gleichgeschlechtlichen Paaren eine ähnliche rechtliche Grundlage zu schaffen, jedoch zeigte sich die Regierung zweimal zu schwach, um die konservativen und religiösen Widerstände in der griechischen Gesellschaft zu überwinden. Erst bereitete die konservative Regierung unter der Nea Dimokratia und einige Jahre später die Mitte-Links-Pasok-Regierung Legislativvorschläge für gleichgeschlechtliche Partnerschaften vor, die jedoch beide zu keinem Ergebnis kamen.

Thessaloniki 2015

Die Notwendigkeit für eine zivilrechtliche Partnerschaft wurde noch von einem weiteren Faktor verstärkt, nämlich dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Griechische Bürger gingen auf dem Rechtsweg vor, um die Ausnahme für gleichgeschlechtliche Paare von der zivilrechtlichen Partnerschaft vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen. Im

Meilensteine

- Griechische Unabhängigkeit 1830
- Die gleichgeschlechtliche Liebe wird legalisiert 1951
- Einführung des Frauenwahlrechts 1952
- Wiederherstellung der Republik 1974
- Mitgliedschaft in der EWG 1981
- Einführung der zivilrechtlichen Ehe 1982
- Homosexuellen wird erlaubt sich im Militärdienst offen zu bekennen 2002
- Strafrechtliche Verfolgung von Hassreden bezüglich der sexuellen Orientierung, dem Geschlecht oder körperlicher Merkmale 2014 & 2015
- Einführung der eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare 2015

Die Auseinandersetzung um gleichgeschlechtliche Liebe führt nach wie vor zu scharfen Positionierungen in der griechischen Gesellschaft. Dabei hat in den letzten Jahren die homophobe Rhetorik im rechten Lager zugenommen. Folgend einige Zitate von Politikern, die eine Liberalisierung unterstützen und aus dem homophoben Lager.

Unterstützende Zitate

Alexis Tsipras: „Wir erkennen das Recht aller Menschen an, zusammen zu leben und ihren eigenen Lebensweg zu wählen. Hiermit schließen wir ein Kapitel rückwärtigen Denkens. Es ist ein Sieg des Rechts auf Gleichheit und Freiheit. Ministerpräsident von Griechenland (Januar bis August 2015 und seit September 2015) und Vorsitzender von Syriza.

Kiriakos Mitsotakis: „Ich werde für die eingetragene Partnerschaft stimmen. Ich habe es öffentlich gesagt, es ist eine unerledigte Angelegenheit, die schon lange gelöst hätte sein müssen.“ Oppositionsführer (Jan. 2016–) und Vorsitzender Nea Dimokratia).

Stavros Theodorakis: „Die konservativen Bürger sollten nicht besorgt sein. Die Verbindung zweier Menschen bedroht nicht ihre Familien. Im Gegenteil, sie sind von Heuchelei bedroht. Lassen Sie uns aufhören uns hinter falschen Anschuldigungen zu verstecken. Diese Menschen sollten nicht nur die Möglichkeit haben eine eingetragene Partnerschaft, sondern eine Ehe einzugehen.“ Gründer u. Vorsitzender von Potami (seit Feb. 2014).

Homophobe Zitate

Nikos Michaloliakos: „Die griechische Sprache ist reich und von daher existiert das Wort *KINAIDOS*. Um unser Verständnis zu erweitern werden wir die Etymologie des Begriffs bemühen. Und die Etymologie beweist uns, dass das Wort Kinaidos aus der Kombination von zwei verblüffenden Worten herstammt, Herausforderung (κινώ) und Schande (αιδώς). Also ist dies eine Randgruppe die Schande bringt.“
Gründer u. Vors. Partei Goldene Morgenröte.

Nikos Nikolopoulos: „Vom Europa der Nationalstaaten … Schwuchtelkameraden!!! Der Ministerpräsident von Luxemburg hat sich mit seinem Geliebten verlobt!“
Unabhängiges Parlamentsmitglied und ehemaliges Mitglied der Partei Unabhängiger Griechen.

Giannis Lagos: „Der Premierminister repräsentiert die Minister und erlässt Gesetze für die Abartigen.“ Er fährt fort, dass die Einführung der eingetragenen Partnerschaft ein „Tag der Schande“ ist und drängt, dass die Homosexuellen daheim bleiben und „keinen Stolz auf ihre Sexualität“ zeigen sollten. „Homosexualität kann als psychosomatische oder biologische Abweichung oder irgendetwas anderes betrachtet werden, sie bleibt als ‚Verlangen‘ einer Minderheit völlig respektabel, kann aber auf keinen Fall Bildungsinhalt sein.“

Parlamentsmitglied und prominentes Mitglied der Goldenen Morgenröte

November 2013 urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Fall Vilianatos und anderen gegen Griechenland zu Gunsten der Kläger und befand, dass der griechische Staat die Ausnahme für gleichgeschlechtliche Paare aufheben müsse. Der Staat musste die Kläger außerdem entschädigen. Das Urteil war ein Knackpunkt und ein Weckruf für die griechische politische Klasse und fast alle etablierten Parteien. Sie einigten sich darauf, dass die gleichgeschlechtliche zivilrechtliche Partnerschaft eingeführt werden müsse. Trotzdem dauerte es zwei weitere Jahre, und es brauchte eine neue Regierung unter der Führung einer jungen Partei, die die großen Volksparteien, die das Land über Jahrzehnte hinweg regierten, ablöste. Die linksradikale Koalition (Syriza) gewann im Januar 2015 die Wahl, und wenige Monate später wurde die zivilrechtliche Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare legalisiert, wodurch ihnen rechtlicher Schutz und die gleichen Rechte wie heterosexuellen Paaren zukamen, mit Ausnahme des Rechts, Kinder zu adoptieren. Die Anerkennung von zivilrechtlichen Partnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare war ein wichtiger Schritt in einem Land, in dem Religion immer noch eine große Rolle spielt und in dem es immer häufiger Bericht über gewalttätige Übergriffe auf Homosexuelle gibt. Zur gleichen Zeit wurde das Antidiskriminierungsgesetz, das Individuen und Minderheiten vor Hassreden schützt, von der Syriza-Regierung gestärkt.

Die Goldene Morgenröte, eine offen rassistische und extremistische Partei, ist in den letzten vier Jahren auf den Plan getreten. Die offen homophobe Rhetorik der Goldenen Morgenröte hat den Weg für einen starken Anstieg von Angriffen auf Schwule bereitet. Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Rassismus sind Bestandteil ihrer Ausgrenzungspolitik, eingesetzt von ihrer Führerschaft und den Parlamentsmitgliedern. Allerdings kommt es noch schlimmer auf der lokalen Ebene, den Orten der gewalttätigen Attacken. In Zahlen: Die Nichtregierungsorganisation Bunte Jugend berichtet über 101 Vorkommnisse homophober Gewalt und diskriminierendem Verhaltens von 2009 bis 2015, wovon 75 in 2015 stattfanden. Die meisten der politischen Führer der Neonazibewegung sind mit Gerichtsverfahren wegen Hassreden konfrontiert, und einige von ihnen wurden deshalb verurteilt. Trotz der verbreiteten Homophobie und der homophoben Attacken konnte die LGBT-Bewegung Rechte durchsetzen und ihr Leben verbessern.

Eleftherios Ntotsikas, Thessaloniki*

* Übersetzungen: Stephen Schindler / Rolf Gehring, Brüssel

Die Antike kannte die Homoerotik

1991 hat die Weltgesundheitsorganisation WHO die Homosexualität aus der „Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme“ (ICD) gestrichen. 1994 hat die EU einen ersten einschlägigen Bericht verabschiedet, die EU-Richtlinie 200/78/EG aus dem Jahr 2000 fordert alle Mitgliedsstaaten auf, einen allgemeinen Rahmen festzulegen für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, die neben anderen die Diskriminierung aufgrund der „sexuellen Ausrichtung“ ächtet. Die Erklärung der Vereinten Nationen über die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität wurde am 18. Dezember 2008 auf Initiative Frankreichs und der Niederlande der Generalversammlung der Vereinten Nationen vorgelegt und verurteilt die staatliche Diskriminierung und strafrechtliche Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität (zitiert nach Wikipedia). Mit der Syriza-Regierung konnte endlich auch in Griechenland eine parlamentarische Mehrheit für eine einschlägige Gesetzgebung gewonnen werden. Davor waren bereits zahlreiche entsprechende Versuche gescheitert.

Fester Bestandteil der langen griechischen Kultur sind „Jünglingsliebe“ und „Männerliebe“. So hat Platon (ca. 400 v.Chr.) in seinem Werk „Das Symposion“** eine fiktive Gesellschaft von Philosophen über die Erotik reden lassen. Dabei ging es auch um gleichgeschlechtliche Erotik. Anselm Feuerbach stellt „Das Gastmahl“ in dem hier dokumentierten Bild dar (zu betrachten in der Kunsthalle Karlsruhe und in der Alten Nationalgalerie Berlin). Beim Betrachten des Bildes

AntikesWandbild. wikimedia*

gewinnt man den Eindruck, dass alles dazugehört, nichts per se ausgegrenzt ist. Insbesondere fallen die selbstverständlichen Umarmungen zwischen den Männern auf, aber auch die nackten Putten („Knäblein“), die wohl der Entstehungszeit des Bildes, das auf diese Barockfiguren zurückgreift, geschuldet ist. Im langjährigen Diskurs über Fragen der Sexualität und gegen Fremdbestimmung in allen Formen geht es nicht nur um die Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung, sondern auch um das Recht auf Schutz vor Übergriffen und Fremdbestimmung. Das hinter dem Bild stehende Werk Platons spielt in der wissenschaftlichen Diskussion über Sexualität und Erotik in den verschiedensten Disziplinen in vielen Ländern von der

Anselm Feuerbach 1874***

damaligen Zeit an bis heute eine Rolle – in Psychologie, Literatur, Soziologie, Musik usw.

Eine Wegemarke gesetzt – unter diesem Gesichtspunkt behandeln wir hier den Beschluss des griechischen Parlaments zur Legalisierung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Dieser Beschluss kam unter massivem ideologischen Beschuss durch die rechten Parteien (ANEL, Morgenröte), vor allem aber durch die griechisch-orthodoxe Kirche und ihre Exponenten zustande. Ob es eine Wegemarke tatsächlich gewesen sein wird, muss sich in größerem zeitlichen Abstand erweisen, denn es ist nicht ausgeschlossen, dass anders zusammengesetzte Parlamente andere Gesetze erlassen. *Eva Detscher,* Karlsruhe

* upload.wikimedia.org, WallPaintingTomb_Paestum_Italy_GreekColony_sm.jpg. ** altgriechisch Συμπόσιον .Sympósion „Das Gastmahl“ oder „Das Trinkgelage“, latinisiert Symposium – nach Wikipedia *** (Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Anselm_Feuerbach_-_Das_Gastmahl._Nach_Platon_(zweite_Fassung)_-_Google_Art_Project.jpg)

Inhalt

Aktuelles 2
In eigener Sache: GNN-Verlag
Informationen zur Winterschule 2017

Die Türkei auf dem Weg in die Erdogan-Diktatur – Wer stellt sich dagegen? 3
Ko-Vorsitzender der HDP Selahattin Demirtaş aus dem Gefängnis • Nach Festnahme der Abgeordneten – Die HDP, die Türkei und die EU • Gemeinsame Verteidigungsrede der HDP-Abgeordneten • Hamburg: Erklärung der Bürgerschaftsabgeordneten • SSW erklärt sich solidarisch mit prokurdischer HDP • Linke-Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger

US-Wahlen: Trend zur Ermächtigung – ist die Linke hilflos? 7

Auslandsnachrichten 8
Italien: Tag des Generalstreiks • Spanien: Schulstreik gegen Reformen • England: Positives Urteil bestätigt Rechte für Uber-Fahrer • Norwegen: Lokführer wieder in der Schlichtung • Island: Frauenprotest gegen Lohnlücken • Usbekistan: Zwangsarbeit und Repression • Bangladesch: Intensivierung der Gewerkschaftsarbeit • Südkorea: Samsung will keine Gewerkschaften • USA: Schulbusfahrer ratifizieren erste CBA • Mexiko: Mindestlöhne unter der Armutsgrenze • Ekuador: Brutale Verfolgung von Lehrer-Gewerkschaftern

Aktionen … Initiativen 10
Keine BauerTax in Baden-Württemberg • Klimapolitik: Blamage für die Bundesregierung • Trump muss die Menschenrechte wahren! • Bundesteilhabegesetz: Verbände fordern Nachbesserungen • Flüchtlingsrat NRW fordert: Keine Abschiebungen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen! • UN-Mehrheit setzt Verhandlungen zum Atomwaffenverbot durch

BASF: Mängel in der Betriebssicherheit erkennbar – Immer wieder Fremdfirmen involviert 12

Köln: Grundstücksverkauf nur noch nach Konzept 13

Kommunale Politik 14
Leerstand sofort beenden! Hamburg • Wohnsitzauflage: Bochum will Zusage brechen. • Freude über Urteil zum verkaufsoffenen Sonntag: Dortmund. • Erhaltungssatzungen für Mülheim und andere bedrohte Veedel jetzt! Köln • Keine zusätzliche Billigairlines in Frankfurt! • Für mehr Deutschkurse – aber nur mit guten Arbeitsverhältnissen! Wiesbaden. • Linke fordert Maßnahmen gegen zunehmende Obdachlosigkeit in Aachen • Pferde- und Bettensteuer könnten mehr als 800 000 Euro für den Stadthaushalt einbringen: Magdeburg • Unabhängige Experten unerwünscht: Stuttgart.

Arbeitsstandards in Handelsverträgen 16

Wirtschaftspresse 18

NRW: Linke verabschiedet Entwurf zum Landtagswahlprogramm 19

Schleswig-Holstein: Landesverfassung bleibt ohne Gottesbezug 20

Kalenderblatt: Griechenland 2015: Gesetz erlaubt gleichgeschlechtlichen Paaren zivilrechtliche Lebensgemeinschaft 23

Neue Online-Broschüre bei der Rosa Luxemburg Stiftung (www.rosalux.de)

Von wegen sicher – Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten in der Kritik

Aus der Einleitung:

Der Beschluss der Bundesregierung im Sommer 2015, die Grenze für syrische Flüchtlinge zu öffnen, wurde von vielen als humanitäre Antwort auf den Zustrom von Flüchtlingen über die „Balkanroute“ gewertet. Verglichen mit den Reaktionen vieler anderer Staaten entlang der Route, die zum Beispiel im Schnellverfahren ihre Außengrenzen mit Zäunen befestigten, kann diese Entscheidung tatsächlich als humanitärer Akt betrachtet werden.

Gleichzeitig haben die Bundesregierung und die EU eine Vielzahl neuer, restriktiver Migrations- und Grenzpolitiken eingeführt. Der Bundestag verabschiedete in kurzen Abständen zwei „Asylpakete“, durch die unter anderem die Rückführung abgelehnter Asylsuchender erleichtert und die Regelungen zum Familiennachzug für anerkannte Flüchtlinge aufgehoben wurden. Weiterhin wurden immer mehr Länder als sogenannte „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft, insbesondere die Balkanstaaten Serbien, Kosovo, Albanien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina und Mazedonien. Infolgedessen gelten Asylanträge aus diesen Ländern für deutsche Behörden als „offensichtlich unbegründet“ und werden in der Regel abgelehnt. Die Aussichten für Hilfesuchende auf Asyl sind sehr gering, bereits vor dieser Entscheidung lag der Anteil der abgelehnten Asylanträge aus Serbien in Deutschland bei 99 Prozent (bzw. 97 Prozent für Asylsuchende aus dem Kosovo).

Allerdings hat diese Einstufung der Balkanländer als „sicher“ bedeutende und weitreichende Konsequenzen, und zwar nicht nur für derzeitige Asylsuchende, sondern auch für Menschen, die schon seit Jahren, teils sogar seit Jahrzehnten, in Deutschland leben. Die Mehrheit der Asylsuchenden aus Serbien, dem Kosovo und Mazedonien sind Roma, die in ganz Europa Verfolgung, Marginalisierung und sozialen Ausschluss erfahren.

PolitikerInnen und die Asylbehörden führen die Motive der Migration von Roma systematisch auf Armut und wirtschaftliche Gründe zurück und ignorieren dabei völlig den in ganz Europa verbreiteten Antiziganismus und die damit verbundene direkte und strukturelle Diskriminierung von Roma. Die Mehrzahl der zehn bis zwölf Millionen Sinti und Roma in Europa lebt unter erheblich schlechteren Bedingungen als ihre MitbürgerInnen. Die Mehrheit von ihnen ist innerhalb und außerhalb der Europäischen Union von sozialem Ausschluss, Vorurteilen und Benachteiligung konfrontiert. Ihre Geschichte in Europa ist vielfach eine Geschichte von Repression, Verfolgung und Vertreibung – nicht zu vergessen der nationalsozialistische Genozid an den Roma im Zweiten Weltkrieg. Auf dem Papier haben sich die EU und die deutsche Regierung dazu verpflichtet, die Verfolgung und den Ausschluss der Roma zu bekämpfen. In der Praxis jedoch sind die deutschen Behörden nicht einmal bereit, die direkte und strukturelle Diskriminierung, der viele Roma in den Balkanländern ausgesetzt sind, als Asylgrund anzuerkennen. Im Schatten der deutschen „Willkommenskultur“ werden täglich Menschen abgeschoben; die Mehrzahl von ihnen stammt aus dem Balkan.

Mit dieser Broschüre möchten wir diese überwiegend verborgenen Prozesse thematisieren: die Änderungen der Asylgesetze, die den drastischen Anstieg von Abschiebungen zur Folge haben, die Auswirkungen dieser Gesetze auf MigrantInnen aus den Balkanländern und die weitverbreitete Diskriminierung und Lebenssituation der Roma im Balkan, vor allem in Serbien und im Kosovo. Wir wollen zeigen, dass Roma und Sinti nicht nur in ihren Heimatländern, sondern auch durch rassistische und protektionistische Migrationsgesetze und Asylpraktiken diskriminiert werden. Wir beschäftigen uns mit der Frage, warum Integrationsprogramme für Roma, auf die PolitikerInnen immer gern verweisen, bisher noch keine Verbesserung der Situation der Roma erzielt oder zur Bekämpfung der Migrationsursachen beigetragen haben. Schließlich möchten wir auch Alternativen zur aktuellen unmenschlichen Behandlung von MigrantInnen aus den Balkanländern vorstellen.

Wenke Christoph, Tamara Baković Jadžić & Vladan Jeremić

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 15. Dezember 2016. Redaktionsschluss: Freitag, 9. Dezember. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.
Die Erscheinungstermine 2017: 19. Jan., 16. Feb., 16. März, 13. April, 11. Mai, 6. Juli, 3. Aug., 31. Aug., 12. Okt., 9. Nov., 7. Dez.